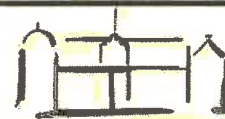


Stadt Celle



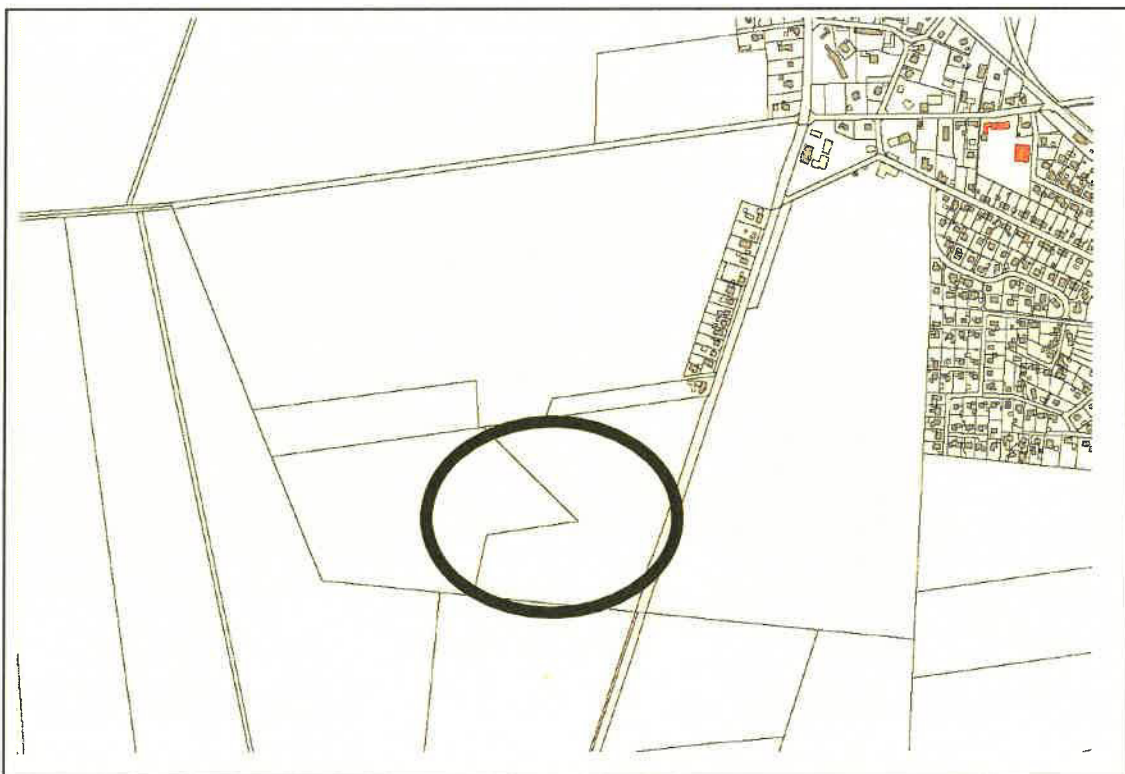
■ Residenzstadt
Celle

Vorhabenbezogener
Bebauungsplan Nr. 25
mit Vorhaben- und Erschließungsplan

„Baustoffrecycling Scheuen“

PLANURKUNDE

Begründung ~~Stadtbauamt~~ / Stadtplanung



Übersicht (unmaßstäblich)

Kartengrundlage: ALK,
Vervielfältigungserlaubnis erteilt
durch das Katasteramt Celle

Stadt Celle - Der Oberbürgermeister

Fachdienst 61 - Stadtplanung

Telefon 05141 - 12 61 17 · Fax 05141 - 12 6099
Am Französischen Garten 1 · 29221 Celle

Stand:
05.03.2019
(Satzung)

Planverfasser:

infraplan GmbH
Südwall 32, 29221 Celle
Dipl.-Ing. L. Lockhart
Fachliche Begleitung: Dr.-Ing. S. Strohmeier

Umweltbericht: Landschaftsarchitekturbüro Prof. Kaiser – Arbeitsgruppe Land & Wasser

Vorhabenträger:

BRG Bauschuttrecycling Gesellschaft MbH
Am Rathberg 7, 29308 Winsen/Aller
Geschäftsführer: Dr. M. Krause

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------|---|----|
| 1 | Einführung..... | 5 |
| 2 | Verfahren / Vorhabenbezogener Bebauungsplan | 5 |
| 3 | Räumlicher Geltungsbereich | 6 |
| 4 | Planerische Vorgaben | 6 |
| 4.1 | Landes- und Regionalplanung | 6 |
| 4.1.1 | <u>Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 2008</u> | 6 |
| 4.1.2 | <u>Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Celle</u> | 7 |
| 4.1.3 | <u>Auseinandersetzung mit den Zielen der Raumordnung</u> | 8 |
| 4.2 | Flächennutzungsplan der Stadt Celle | 10 |
| 4.3 | Bebauungsplan..... | 10 |
| 4.4 | Gender Mainstreaming und Integration..... | 10 |
| 5 | Bestandsbeschreibung | 11 |
| 5.1 | Erschließung..... | 11 |
| 5.2 | Flächennutzung und -ausbildung | 11 |
| 5.3 | Ver- und Entsorgung | 12 |
| 5.4 | Eigentumsverhältnisse | 12 |
| 6 | Geplantes Vorhaben..... | 12 |
| 7 | Planinhalte des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan.. | 13 |
| 7.1 | Städtebauliche Daten | 13 |
| 7.2 | Art der baulichen Nutzung | 14 |
| 7.2.1 | <u>Sonstiges Sondergebiet (SO 1) „Baustoffrecycling“</u> | 14 |
| 7.2.2 | <u>Sonstiges Sondergebiet (SO 2) „Lagerung von Altholz + Baustellenabfällen“</u> | 14 |
| 7.3 | Maß der baulichen Nutzung | 14 |
| 7.3.1 | <u>Sonstiges Sondergebiet „SO 1“</u> | 14 |
| 7.3.2 | <u>Sonstiges Sondergebiet „SO 2“</u> | 15 |
| 7.4 | Bauweise, Baugrenzen..... | 15 |
| 7.5 | Öffentliche Straßenverkehrsfläche | 15 |
| 7.6 | Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Zuwegung“ | 15 |
| 7.7 | Private Grünfläche | 16 |
| 7.8 | Schalltechnische Vorgaben/Lärmschutzwall | 16 |
| 7.9 | Vorgaben zu Staubemissionen und -immissionen | 16 |
| 8 | Ver- und Entsorgung..... | 16 |
| 8.1 | Löschwasserversorgung..... | 17 |
| 8.2 | Oberflächenentwässerung..... | 17 |
| 9 | Bodenordnende Maßnahmen | 17 |
| 10 | Auswirkungen des Bebauungsplanes | 17 |
| 10.1 | Auswirkungen auf die umgebende Bebauung..... | 17 |

| | | |
|--------|--|----|
| 10.2 | Auswirkungen auf wirtschaftliche Belange | 18 |
| 10.3 | Auswirkungen auf forstwirtschaftliche Belange | 18 |
| 10.4 | Auswirkungen auf Umweltbelange | 18 |
| 11 | Umweltbericht | 18 |
| 11.1 | Einleitung | 18 |
| 11.1.1 | <u>Ziele und Inhalt des Bebauungsplanes</u> | 19 |
| 11.1.2 | <u>Ziele des Umweltschutzes</u> | 19 |
| 11.2 | Umweltauswirkungen | 20 |
| 11.2.1 | <u>Umweltzustand</u> | 20 |
| 11.2.2 | <u>Prognose zur Entwicklung des Umweltzustandes</u> | 24 |
| 11.2.3 | <u>Planungsalternativen</u> | 34 |
| 11.2.4 | <u>Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete und grenzüberschreitende Wirkungen</u> | 35 |
| 11.2.5 | <u>Auswirkungen durch schwere Unfälle oder Katastrophen</u> | 35 |
| 11.2.6 | <u>Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels</u> | 35 |
| 11.3 | Beschreibung der Umweltprüfung | 35 |
| 11.4 | Monitoring | 36 |
| 11.5 | Zusammenfassung | 36 |
| 12 | Verfahren | 38 |
| 13 | Wesentliche Rechtsgrundlagen | 38 |
| 14 | Anlagen | 39 |
| | Anlage 1: Gutachten zum Umweltbericht für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 25 mit Vorhaben- und Erschließungsplan (Baustoffrecycling Scheuen), Stadt Celle, Stadtteil Scheuen und zur 90. Änderung des Flächennutzungsplanes Sonderbauflächen Bodenabbau Scheuen der Stadt Celle, alw - Arbeitsgruppe Land & Wasser, April 2018 | 39 |
| | Anlage 2: Schalltechnisches Gutachten zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 25 „Baustoffrecycling Scheuen“ in Celle, AMT Ingenieurgesellschaft mbH, Oktober 2016 | 39 |
| | Anlage 3: Gutachtliche Stellungnahme zu den Staubemissionen und – immissionen durch den Betrieb einer Bauschuttrecyclinganlage, Bart & Bitter Arbeits- und Umweltschutz GmbH, Oktober 2017 | 39 |
| | Anlage 4: Grundwassergleichenplan | 39 |
| | Anlage 5: Oberflächenentwässerung des Betriebsgrundstückes in Celle-Scheuen, Erläuterungsbericht zum Entwässerungsantrag Umweltgutachter Dipl.-Geol. Thomas Bogen, Dezember 2017 | 39 |
| | Anlage 6: Bodenabbau- und Immissionsschutzrechtliche Genehmigung und Aufstellung Vorhabenbezogener B-Plan. Gutachterliche Stellungnahme und erarbeitete Unterlagen Fugro Consult GmbH, Dezember 2013 | 39 |

1 Einführung

Die BRG Bauschutt Recycling Gesellschaft mbH betreibt bereits seit Jahren an ihrem Standort südwestlich der Ortslage Scheuen eine Bodenabbaustätte.

Die Bodenabbaustätte ist nach dem Niedersächsischen Naturschutzgesetz genehmigt.

Gleichzeitig ist an diesen Bodenabbau eine befristete Genehmigung für einen Recyclingplatz zur Lagerung und Aufbereitung mineralischer Baureststoffe nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) gekoppelt.

Der Bodenabbau soll auf angrenzende Flächen erweitert werden. Ein Genehmigungsverfahren zur Erweiterung erfolgt.

Um für den zzt. bestehenden und nach BImSchG genehmigten, zeitlich befristeten Recycling-Betrieb eine Genehmigung für einen dauerhaften/unbefristeten Betrieb zu erlangen, wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Zudem soll mit dem Bebauungsplan eine zum Betrieb gehörige, bereits vorhandene Halle zur Lagerung von Altholz und Baustellenabfällen planungsrechtlich gesichert werden.

Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes soll eine geordnete städtebauliche Entwicklung in der Stadt Celle, Stadtteil Scheuen, gesichert werden.

Gemäß § 1 (6) BauGB werden mit der Umsetzung des Bebauungsplanes insbesondere berücksichtigt:

- die Belange der Wirtschaft, auch ihrer mittelständischen Struktur im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung,
- die Belange der Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung,
- die Belange der Forstwirtschaft,
- die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Parallel zur Bebauungsplan-Aufstellung wird für den Planbereich die 90. Änderung des Flächennutzungsplanes Sonderbaufläche „Erweiterung Bodenabbaufäche Scheuen“ der Stadt Celle durchgeführt.

2 Verfahren / Vorhabenbezogener Bebauungsplan

Mit der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes kann die Stadt gem. § 12 BauGB die Zulässigkeit von Vorhaben bestimmen, wenn der Vorhabenträger auf der Grundlage eines mit der Stadt abgestimmten Plans zur Durchführung der Vorhaben und der Erschließungsmaßnahmen (Vorhaben- und Erschließungsplan) bereit und in der Lage ist.

Der Vorhaben- und Erschließungsplan beinhaltet alle städtebaulich relevanten Vorgaben. Um die rechtliche „Bestimmtheit“ zu gewährleisten, wurde als Darstellung die Form eines qualifizierten Bebauungsplanes mit Planzeichnung und textlichen Festsetzungen gewählt. Diese sind für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan die gleichen, so dass auf die Darstellung zweier unterschiedlicher Dokumente verzichtet werden kann. Die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Begründung sind identisch mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan und befinden sich in einem Dokument.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird durch den Durchführungsvertrag als 3. Bestandteil vervollständigt. Der Vorhabenträger hat sich mittels eines Durchführungsvertrages

vor Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes zur Durchführung der Vorhaben- und Erschließungsmaßnahmen sowie zur Durchführung und Sicherung der Ersatz- und Kompensationsmaßnahmen zu verpflichten.

3 Räumlicher Geltungsbereich

Das Plangebiet liegt südwestlich der Ortslage Scheuen. Scheuen ist ein Stadtteil der Stadt Celle, der nördlich des Stadtzentrums an der Landesstraße L 240 liegt. Der Geltungsbereich umfasst Teile der Flurstücke 1/4, 1/5, 4/32 und 47/3 der Flur 5 in der Gemarkung Scheuen. Die genaue Abgrenzung des Plangebietes ist aus der Planzeichnung im Maßstab 1 : 1.000 ersichtlich.

4 Planerische Vorgaben

4.1 Landes- und Regionalplanung

Das Landesraumordnungsprogramm (LROP) und das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) enthalten Grundsätze sowie konkrete Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die auf der Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes über Raumordnung und Landesplanung (NROG) erstellt wurden. Diese sind von den Behörden und Planungsträgern bei allen raumbedeutsamen Maßnahmen zu beachten und müssen mit der jeweiligen Zweckbestimmung vereinbar sein. Im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP), das aus dem LROP entwickelt ist, wird die angestrebte räumliche und strukturelle Entwicklung der regionalen Planungsräume dargestellt. Die Bauleitpläne (Flächennutzungspläne und Bebauungspläne) haben sich diesen Zielen gemäß § 1 Abs. 4 BauGB anzupassen.

4.1.1 Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 2008

Ziel des Landesraumordnungsprogramms (LROP) Niedersachsen von 2008 (Neubekannt gemacht 2017) ist die Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes. Planungen und Maßnahmen sollen zu nachhaltigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Es sollen die Funktionsfähigkeit der Raum- und Siedlungsstruktur sowie der Infrastruktur gesichert und durch Vernetzung verbessert sowie die Raumansprüche bedarfsorientiert, funktionsgerecht, Kosten sparend und umweltverträglich befriedigt werden.

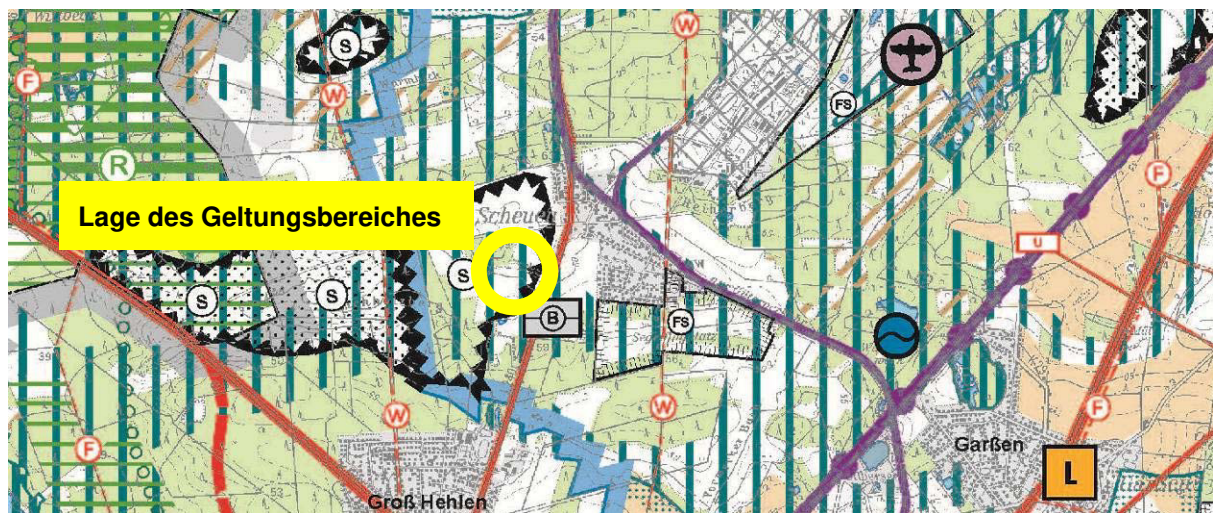
Nach den Darstellungen des LROP ist die Stadt Celle als Oberzentrum eingestuft. Das bedeutet, dass zentralörtliche Einrichtungen und Angebote für den spezialisierten höheren Bedarf zu sichern und zu entwickeln sind. Oberzentren haben für die dortige Bevölkerung zugleich die mittel- und grundzentralen Versorgungsaufgaben zu leisten. Somit sind auch zentralörtliche Einrichtungen und Angebote für den gehobenen und den allgemein täglichen Grundbedarf zu sichern und zu entwickeln (s. Pkt. 2.2 03 LROP).

Gemäß LROP 2008 ist die weitere Inanspruchnahme von Freiräumen für die Siedlungsentwicklung, den Ausbau von Verkehrswegen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen zu minimieren (s. Pkt. 3.1.1 02 LROP).

4.1.2 Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Celle

Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Celle 2005

Ein wesentliches Ziel des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2005 für den Landkreis Celle ist, dass die Siedlungsentwicklung grundsätzlich auf Ortsteile mit zentralörtlicher Funktion entsprechend ihrer jeweiligen Zentralitätsstufe zu konzentrieren ist. Vor der Ausweisung neuer Baugebiete sind zunächst die Möglichkeiten der Innenentwicklung auszuschöpfen. Die Innenentwicklung umfasst ein breites Spektrum von Maßnahmen, wie die Wiedernutzbarmachung und Modernisierung vorhandener Bausubstanz, Baulückenschließung, das Brachflächenrecycling, Ersatzbau, etc. (s. Pkt. D 1.5 01 RROP).



Auszug aus dem RROP 2005, Landkreis Celle

Das Plangebiet ist Teil des Vorrangstandortes für sonstige Abfallanlagen (Behandlung) (s. Pkt. D 3.10.1 RROP). Gleichzeitig ist dieser Bereich mit einem Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft überlagert. Hierdurch wird die Folgenutzung nach dem Bodenabbau angegeben (s. Pkt. D 3.4 RROP).

Natur und Landschaft sollen so geschützt, gepflegt und entwickelt werden, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die Nutzbarkeit der Naturgüter, die Pflanzen- und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft nachhaltig gesichert sind (s. Pkt. D 2.1 RROP).

Das Plangebiet liegt innerhalb eines Vorranggebietes für Trinkwassergewinnung. Die Ausweisung dient dem Zweck, die Deckung des gegenwärtigen und künftigen Bedarfs an Trinkwasser und Betriebswasser im Landkreis Celle sicherzustellen (s. Pkt. D 3.9.1 RROP).

An das Plangebiet grenzt ein Vorsorgegebiet für Forstwirtschaft. Der Wald soll wegen seiner wichtigen ökologischen Funktionen, seines volkswirtschaftlichen Nutzens und seiner Bedeutung als Erholungsraum in seinem Bestand erhalten und entwickelt sowie vor nachteiligen Einwirkungen bewahrt werden (s. Pkt. A 3.3 RROP).

Die östlich des Plangebietes verlaufende Landesstraße L 240 ist als Hauptverkehrsstraße von regionaler Bedeutung dargestellt (s. Pkt. 3.6.0 RROP).

Gemäß nachrichtlicher Darstellung des RROP liegt das Plangebiet im Naturraum „Lüneburger Heide und Wendland“ (s. Pkt. C 1.7 RROP).

Weitere zu berücksichtigende Merkmale sind für das Plangebiet und angrenzende Bereiche im RROP nicht festgelegt.

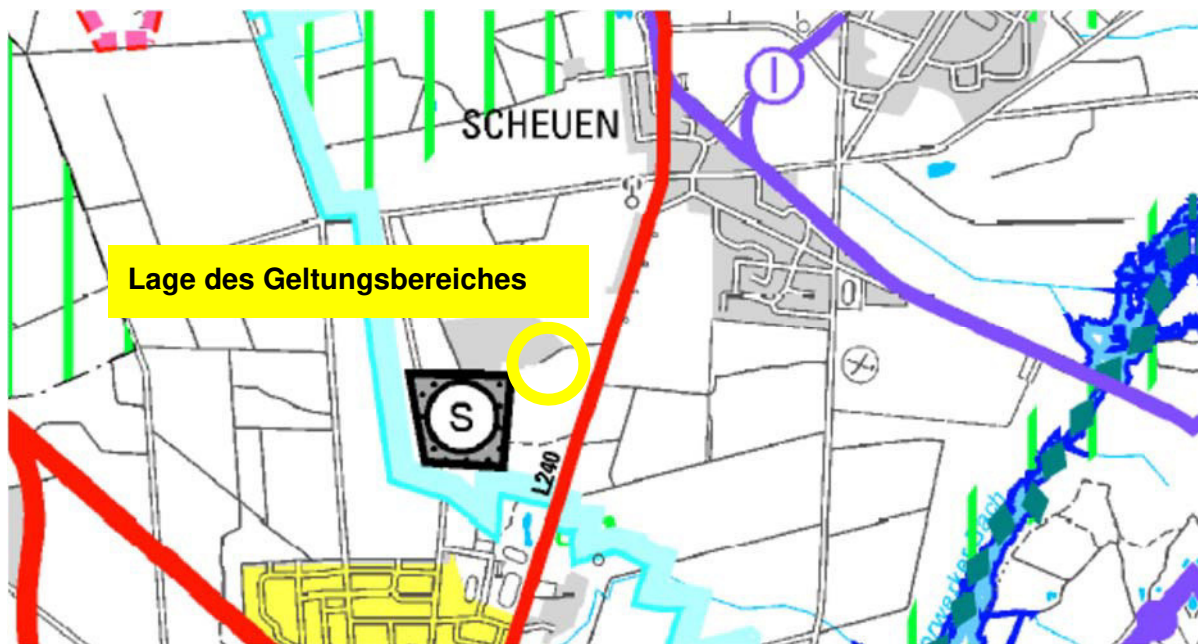
Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes 2016 für den Landkreis Celle

Zurzeit ist der Landkreis Celle mit der Neuauflistung des Regionalen Raumordnungsprogramms befasst. Derzeit liegt der Entwurf mit Stand vom 22.02.2017 vor.

Das Plangebiet ist darin weiterhin Teil des Vorranggebietes für Trinkwassergewinnung. Des Weiteren grenzt das Plangebiet an das Vorranggebiet zu Rohstoffgewinnung, hier: Sand, an. Das Plangebiet liegt im Vorranggebiet Rohstoffsicherung, welches sich unmittelbar südwestlich an das Vorranggebiet Rohstoffgewinnung anschließt.

Die östlich des Plangebietes verlaufende Landesstraße L 240 ist als Vorranggebiet „Straße von regionaler Bedeutung“ dargestellt.

Weitere zu berücksichtigende Aspekte sind für das Plangebiet und angrenzende Bereiche im Entwurf des RROP 2016 nicht festgelegt.



Auszug aus dem Entwurf des RROP 2016, Landkreis Celle

4.1.3 Auseinandersetzung mit den Zielen der Raumordnung

Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 25 „Baustoffrecycling Scheuen“ hat das Ziel, eine unbefristete Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) für den Recycling-Betrieb im Bereich eines bestehenden Bodenabbaus zu erlangen.

Die Planung entspricht der Ausweisung eines Vorrangstandortes für sonstige Abfallanlagen (Behandlung) (RROP 2005) ebenso wie der Ausweisung als Vorranggebiet für Rohstoffsicherung (Entwurf des RROP 2016), da ein Recyclingplatz zur Lagerung und Aufbereitung mineralischer Baureststoffe genehmigungsfähig ist, wenn er mit einem Bodenabbau verknüpft ist. Die Nutzungen stehen demnach in direktem Zusammenhang zueinander.

Mit der vorliegenden Planung wird eine bereits durch Bodenabbau abgegrabene Fläche für einen Recycling-Betrieb bereitgestellt. Die Fläche grenzt unmittelbar an weitere Abbauflächen an. Zudem wird ein bereits bebautes Grundstück überplant sowie die Zufahrten zu den Flächen planungsrechtlich gesichert.

Da das Plangebiet nicht als siedlungsbezogener Erholungsbereich dient, wird sich die Frequentierung der umliegenden Waldgebiete durch Erholungssuchende nicht erhöhen.

Es werden somit keine großen zusammenhängenden Freiräume in Anspruch genommen.

Es handelt sich bei dem vorliegenden Fall (angrenzend an den südlichen, nur 23 m breiten Geltungsbereich) nicht um einen bestehenden Waldrand zur "freien" Landschaft, sondern vielmehr um einen Wald, der bereits heute bis an die gewerbliche Nutzung (Lagerhalle) heranragt. Da die Halle schon besteht, hat die Planung in diesem Sinne auch keinen erheblichen Einfluss auf das Landschaftsbild.

Um einen Abstand gem. RROP umsetzen zu können, müsste erheblich Wald in Anspruch genommen werden. Dies widerspricht jedoch dem Ziel, möglichst viel Wald zu erhalten.

Da es sich bei dem Gebäude, um eine Lagerhalle und nicht um ein Wohngebäude handelt, bestehen bei Windwurf im Wesentlichen Gefahr für materielle Schäden, dieses Risiko liegt beim Eigentümer.

Es besteht jedoch immer eine Verkehrssicherungspflicht durch den Waldeigentümer. Da in diesem Fall der Geltungsbereich direkt am Waldrand liegt, wird in die Begründung und den Durchführungsvertrag aufgenommen, dass die Verkehrssicherungspflicht für die unmittelbar an den Geltungsbereich angrenzenden Waldbestände auf die Eigentümer innerhalb des Plangebietes übertragen wird und ggfs. entstehende Haftungsansprüche gegenüber dem Waldeigentümer ausgeschlossen werden.

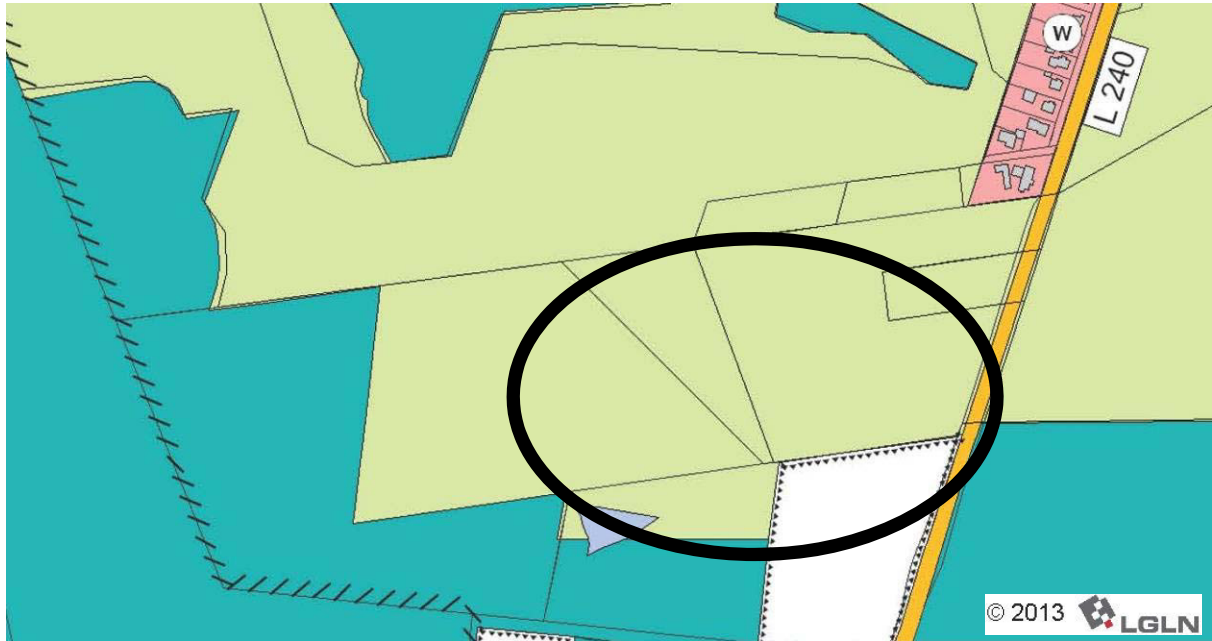
Um der Gefahrenabwehr in Bezug auf einen Brand nachzukommen, werden in einem Abstand von 25 m zum Plangebiet auf der Sukzessionsfläche alle Nadelgehölze entfernt, um einen reinen Laubwald entstehen zu lassen. Die Durchführung dieser Maßnahme wird ebenfalls in den Durchführungsvertrag mit aufgenommen.

Eine erhebliche Beeinträchtigung, die das Vorhaben durch Störungen in der Umgebung auslöst, ist im vorliegenden Fall nicht zu besorgen, da die Lagerhalle bereits seit 2005 baurechtlich genehmigt vorhanden ist bei gleichzeitigem intensiven Abbau- und Recyclingbetrieb. Die Störwirkungen bestehen daher bereits im Ist-Bestand bzw. wurden im damaligen Genehmigungsverfahren abgearbeitet und bedürfen keiner Berücksichtigung im Rahmen der Eingriffsregelung. Hinzu kommt, dass die Lagerhalle in Richtung benachbarten Wald keine nennenswerte Störwirkung entfaltet. Keinesfalls besteht am Standort Scheuen ein naturschutzrechtlich begründbarer zusätzlicher Kompensationsbedarf.“

Die Planung unterstützt die vorgenannten Ziele der Landes- und Regionalplanung (der Raumanspruch wird bedarfsorientiert, funktionsgerecht, kostensparend und umweltverträglich begrenzt). Die Vorsorgegebiete für Rohstoffgewinnung, Natur und Landschaft, Trinkwassergewinnung und Forstwirtschaft werden geschützt. Die östliche verlaufende Landesstraße wird nicht beeinträchtigt.

Die Planung ist demnach mit den Zielen der Landes- und Regionalplanung, sowohl in der derzeit gültigen Fassung (RROP 2005) als auch im Entwurf des RROP 2016, vereinbar.

4.2 Flächennutzungsplan der Stadt Celle



Auszug aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Celle (unmaßstäblich)

Gemäß § 8 (2) BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln.

Parallel zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes führt die Stadt Celle die 90. Änderung des Flächennutzungsplanes durch. Im Rahmen dieser Änderung wird die Darstellung der Fläche des Geltungsbereiches von einer Fläche für die Landwirtschaft zur Sonderbaufläche gemäß § 1 (1) der Baunutzungsverordnung (BauNVO) geändert.

Die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes entsprechen dieser Darstellung. Damit wird dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 (2) BauGB Rechnung getragen.

4.3 Bebauungsplan

Ein rechtskräftiger Bebauungsplan besteht für das Plangebiet nicht.

Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine Außenbereichsfläche (gem. § 35 BauGB). Damit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine unbefristete Genehmigung eines Recycling-Betriebs geschaffen werden können, ist die Aufstellung dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erforderlich.

4.4 Gender Mainstreaming und Integration

Gem. § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB sind Gender Mainstreaming und Integration bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen. Dabei ist dem Grundsatz der Barrierefreiheit i. S. eines gleichberechtigten Zugangs zur physischen Umwelt gemäß Artikel 9 (Zugänglichkeit) des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf geeignete Weise Rechnung zu tragen. Besonders sind auch die besonderen Belange von Menschen mit einer Sehbehinderung zu beachten, eine Gleichstellung der Geschlechter zu fördern sowie der Grundsatz der Antidiskriminierung zu berücksichtigen.

Mit dem VBB Nr. 25 „Baustoffrecycling Scheuen“ wird ein Baustoffrecyclingbetrieb im Außenbereich planungsrechtlich gesichert. Geschlechtsspezifische Aussagen sowie Aussagen zur

Integration können auf dieser Ebene der Bauleitplanung nicht getroffen werden. In nachfolgenden Genehmigungs- und Ausführungsplanungen sind diese Ziele zu berücksichtigen.

5 Bestandsbeschreibung

5.1 Erschließung

Die Erschließung des Plangebietes erfolgt derzeit aus östlicher Richtung von der Landesstraße L 240 über befestigte Wirtschaftswege. Für die bestehenden Zufahrten liegt eine Grunddienstbarkeit (Wegerecht) vor. Die Zuwegung wird in den Geltungsbereich einbezogen.

Um Verkehrsbehinderungen zu vermeiden und um ein sicheres Abbiegen in das Plangebiet zu ermöglichen, soll auf der Landesstraße eine Linksabbiegespur eingerichtet werden. Dazu ist eine Fahrbahnverbreiterung erforderlich. Um die Änderungen auch im Fahrbahnbereich planungsrechtlich zu sichern, wird zudem der von dem Umbau betroffene Abschnitt der Landesstraße L 240 in den Änderungs- und Erweiterungsbereich einbezogen.

5.2 Flächennutzung und -ausbildung



Lage des Geltungsbereiches (Luftbild: © 2017 GoogleMaps, 11.09.2017)

Das Plangebiet umfasst zum einen eine etwa 10 ha große, bereits ausgebeutete Bodenabbaufläche. Zum anderen wird eine schon mit einer Lagerhalle bebaute, ca. 0,5 ha große Fläche überplant. Zudem werden die entsprechenden Zufahrten von der L 240 in den Geltungsbereich einbezogen. Gehölze und besondere Biotopflächen befinden sich nicht im Geltungsbereich.

Angrenzend an das Plangebiet befinden sich weitere Abbauf Flächen sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen. Die Waldflächen westlich des Plangebietes werden von der Planung nicht berührt.

Die nächste Wohnbebauung liegt an der Landesstraße L 240 in ca. 300 m Entfernung zum Plangebiet.

5.3 Ver- und Entsorgung

Auf den mit dem Bodenabbau in Zusammenhang stehenden Flächen sind bisher keine Ver- und Entsorgungsanlagen vorhanden. Aufgrund der speziellen Nutzung besteht hierfür kein Bedarf.

5.4 Eigentumsverhältnisse

Die BRG Bauschuttrecycling Gesellschaft mbH ist Eigentümerin der Grundstücke.

6 Geplantes Vorhaben

Die BRG Bauschuttrecycling Gesellschaft mbH betreibt an ihrem Standort in der Nähe der Landesstraße 240 eine Anlage zu Annahme, Lagerung und Aufbereitung von Baureststoffen und Naturgestein in Verbindung mit einer Bodenabbaustätte.

Es ist beabsichtigt, diesen Recyclingbetrieb auf einer etwa 2 ha großen Fläche mit eigener Zufahrt am Standort Scheuen dauerhaft/unbefristet zu betreiben. Hierfür soll der bestehende Recyclingplatz auf eine zentrale Fläche zwischen Altabbau und geplanter Bodenabbauerweiterung verlagert werden.

Derzeit ist südlich des Geltungsbereiches (SO 1) für verschiedene Abfälle die Behandlung genehmigt (Betonbruch, Ziegel, Fliesen und Keramik, Baustoffe auf Gipsbasis, Asphaltauflage, teerfrei, Erde und Steine, Gleisschotter mit Ausnahmen, Straßenkehricht mit Ausnahme von Rückständen aus Straßeneinläufen sowie Laub).

Die Lagerung, Aufbereitung und der Umschlag der o. g. Abfallarten soll zukünftig innerhalb des Plangebietes erfolgen. Die bereits vorhandenen Maschinen und Geräte sollen ebenfalls weiterhin eingesetzt werden.

Weiterhin ist geplant, neben dem Radlader, der zur Anlagenbeschickung, Aufhaltung und Verladung eingesetzt wird, mobile Siebmaschinen unterschiedlicher Bauweise zur Klassierung der Schüttgüter zu verwenden. Für die Zerkleinerung der Bauschutt- und Naturgesteinsmaterialien werden turnusmäßig mobile Brecheranlagen angemietet. Diese Anlagen werden antransportiert und auf dem Recyclinggelände in Scheuen aufgebaut. Nach Abschluss des Brecheinsatzes wird die Anlage wieder komplett demontiert und abgefahren.

Für Materialien wie Laub, Straßenkehricht, Baustoffe auf Gipsbasis oder Holz wird vor Ort keine Aufbereitung erfolgen. Diese Abfälle werden nur zwischengelagert und bedarfsgerecht mit Großfahrzeugen zu geeigneten Verwertungs- bzw. Aufbereitungsanlagen abtransportiert. Die Betriebszeit am Standort Scheuen soll werktags in der Zeit von 7:00 bis 16:00 Uhr liegen. Für besondere Baustellen / Lieferungen kann es erforderlich sein, dass auch im Ausnahmefall am Samstag Arbeiten durchzuführen sind.



Lageplan, Manzke Verwaltungs GmbH Ingenieurgesellschaft Heidt & Peters, 20.09.2016

Die bestehende Lagerhalle soll auch zukünftig als separater Zwischenlagerplatz für Holz und gemischte Bau- und Abbruchabfälle genutzt werden.

7 Planinhalte des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan

7.1 Städtebauliche Daten

Geplante Nutzung des Geltungsbereichs:

| | | |
|--|-----------------------------|-----------------------|
| • Nettobauland: Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Baustoffrecycling“ (SO 1) | 10.244 m ² | |
| - überbaubare Grundstücksfläche (GRZ 0,8 + Überschreitung = 100 % des Nettobaulands) | | 10.244 m ² |
| • Nettobauland: Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Lagerung v. Altholz + Baustellenabfällen“ (SO 2) | 526 m ² | |
| - überbaubare Grundstücksfläche (GRZ 0,8 = 80 % des Nettobaulands) | | 421 m ² |
| - nicht überbaubare Grundstücksfläche | | 105 m ² |
| • Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung: Zuwegung | 4.912 m ² | |
| • Verkehrsfläche | 2.238 m ² | |
| • Grünfläche, davon | 4.752 m ² | |
| - Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern | | 4.752 m ² |
| Summe: | 22.672 m² | |

7.2 Art der baulichen Nutzung

7.2.1 Sonstiges Sondergebiet (SO 1) „Baustoffrecycling“

Innerhalb des SO 1 soll zukünftig eine mobile Brecheranlage/ Bauschuttrecyclinganlage betrieben werden. Für den Betrieb der Anlage sowie die zugehörigen Lagerplätze für Recycling-Schüttgüter wird ein sonstiges Sondergebiet (SO) mit der Zweckbestimmung „Baustoffrecycling“ festgesetzt.

Eine Brecheranlage/Bauschuttrecyclinganlage bedarf gem. § 4 Abs. 1 BImSchG i. V. m. § 1 Abs. 1 S. 1 4. BImSchV und Nr. 2.2 des Anhangs zur 4. BImSchV einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung. Der Antrag auf Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) wird parallel zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gestellt.

Die Brecheranlage/Bauschuttrecyclinganlage wird max. 2x/Jahr für jeweils 2 – 3 Wochen betrieben. Die tägliche Betriebszeit beträgt max. 10 Stunden außerhalb der Ruhe- und Nachtzeiten. Dadurch werden mögliche Immissionen minimiert.

Um die Nutzung abzurunden, sind neben der mobilen Brecheranlage/ Bauschuttrecyclinganlage und zugehörigen Lagerflächen auch eine mobile Sieb- und Dosieranlage, Material-, Büro- und Sanitärcontainer sowie Unterstellflächen für Radlader zulässig. Insgesamt kann durch die Lage des sonstigen Sondergebietes und die zulässigen Nutzungen die parallele Bewirtschaftung eines Abbaubetriebes (außerhalb des Geltungsbereiches) und eines Recycling-Betriebes optimiert werden.

7.2.2 Sonstiges Sondergebiet (SO 2) „Lagerung von Altholz + Baustellenabfällen“

Innerhalb des SO 2 befindet sich bereits eine Lagerhalle. Um die Lagerung von Altholz und Baustellenabfällen in diesem Bereich auch zukünftig zu ermöglichen und planungsrechtlich zu sichern, wird für die Fläche ein sonstiges Sondergebiet festgesetzt.

7.3 Maß der baulichen Nutzung

7.3.1 Sonstiges Sondergebiet „SO 1“

Im SO 1 wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 1,0 festgesetzt.

Gem. § 17 (1) BauNVO liegt die Obergrenze für sonstige Sondergebiete bei einer GRZ von 0,8. Gemäß § 17 (2) BauNVO kann diese Obergrenze „aus städtebaulichen Gründen überschritten werden, wenn die Überschreitung durch Umstände ausgeglichen ist oder durch Maßnahmen ausgeglichen wird, durch die sichergestellt ist, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht beeinträchtigt werden und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt vermieden werden.“

Das Baustoffrecycling wird mit seinen Lagerflächen und anderen Einrichtungen als bauliche Anlage beurteilt. Daher ist die gesamte Nutzfläche als „überbaubar“ definiert, was zu einer GRZ von 1,0 führt. Damit wird die Fläche in ihrer Ausdehnung auf das minimal notwendige Maß begrenzt, so dass keine weiteren Flächen in Anspruch genommen werden müssen.

Außer Containern und Unterstellflächen sind im SO 1 keine hochbaulichen Anlagen zulässig. Die der Nutzung zugeordneten Einrichtungen (Container für Material, zur Büronutzung und Sanitäranlagen) dürfen eine Grundfläche von 200 m² und eine Höhe von 8,0 m nicht überschreiten. Damit wird sichergestellt, dass das Gebiet hauptsächlich für die Lagerung von Recycling-Schüttgütern bzw. den Betrieb der Brecheranlage genutzt wird und keine überdimensionierten Gebäude oder Einrichtungen entstehen.

Mit der Festsetzung einer Grünfläche (insgesamt 4.572 m²) am nordöstlichen Rand des Plangebietes wird nicht überbaubare Fläche geschaffen. Dies entspricht ca. 45 % der Fläche des SO 1.

Zudem schließen sich eine Waldfläche und große zusammenhängende Freiflächen (offene Landschaft) an das Plangebiet an.

Die Überschreitung der Obergrenze der GRZ führt aus städtebaulicher Sicht daher nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden gewahrt. Auswirkungen auf die Umwelt werden durch die Begrenzung des Geltungsbereiches (ermöglicht durch die hohe GRZ) minimiert/vermieden. Ein ökologischer Ausgleich findet statt (s. Kap. 11 „Umweltbericht“ und Anlage 1).

7.3.2 Sonstiges Sondergebiet „SO 2“

Im SO 2 wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 festgesetzt. Diese Festsetzung entspricht der max. zulässigen Obergrenze für sonstige Sondergebiete gemäß § 17 BauNVO. Mit dieser Festsetzung kann das SO 2 optimal ausgenutzt werden und in seiner Flächenausdehnung klein gefasst werden.

Bauliche Anlagen dürfen im SO 2 eine Höhe von 7,0 m nicht überschreiten. Dies berücksichtigt den Bestand und lässt ggf. erforderlich werdende Erweiterungen der Höhe in vertraglichem Maße zu.

7.4 Bauweise, Baugrenzen

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen definiert. Die Baufenster in den sonstigen Sondergebieten SO 1 und SO 2 umfassen die gesamte Fläche. So wird eine flexible Ausnutzung der Flächen entsprechend der Bedürfnisse des Recyclingbetriebs mit großflächigen Lagerflächen sowie der Lagerung von Altholz und Baustellenabfällen ermöglicht und gleichzeitig wird der Geltungsbereich in Hinblick auf sparsame Grund und Boden nicht unnötig ausgedehnt.

7.5 Öffentliche Straßenverkehrsfläche

Die bestehende Zufahrt trifft außerorts auf eine Landesstraße (L 240). Nach den „Richtlinien für die Anlage von Landstraßen“ RAL – Stand 2012 ist daher eine Linksabbiegespur einzurichten.

Dazu ist eine Fahrbahnverbreiterung erforderlich. Die hierfür notwendige Fläche wird daher mit in den Geltungsbereich aufgenommen und als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt.

7.6 Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Zuwegung“

Die bestehenden Zufahrten zum Plangebiet werden als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Zuwegung“ festgesetzt.

Für die private Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Zuwegung“ werden weiterhin Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zugunsten der Anlieger und Versorgungsträger sowie Einsatz- und Rettungsfahrzeuge festgesetzt.

Damit wird die Erschließung der Betriebsstätte sichergestellt.

7.7 Private Grünfläche

In Richtung Siedlungsraum wird eine Grünfläche festgesetzt, die gleichzeitig als Lärmschutzwall dient. Die Grünfläche ist mit Gehölzen und mit Landschaftsrasen zu bepflanzen, damit eine Eingrünung des Anlagenstandortes erfolgt. Zudem dient die Bepflanzung zur Kompensation der vorhabensbedingten Verluste (s. Kap. 11 „Umweltbericht“ und Anlage 1).

7.8 Schalltechnische Vorgaben/Lärmschutzwall

Für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 25 wurde von der AMT Ingenieurgesellschaft mbH, Isernhagen ein schalltechnisches Gutachten erstellt (Oktober 2016, s. Anlage 2 „Schalltechnisches Gutachten“).

Die Empfehlungen aus dem schalltechnischen Gutachten wurden in die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 25 übernommen. So ist ein Lärmschutzwall erforderlich, um den Betrieb der Brecheranlage zu ermöglichen. Zudem werden Emissionskontingente vorgegeben, die nicht überschritten werden dürfen. Der Lärmschutzwall ist mit einer Höhe von 64,50 m ü. NHN zu errichten. Dies entspricht einer Höhe von 5 m über der mittleren Geländehöhe von 59,50 m ü. NHN im angrenzenden sonstigen Sondergebiet SO 1, in dem die Brecheranlage betrieben wird.

Die Ergebnisse des schalltechnischen Gutachtens zeigen, dass aufgrund der berechneten und im Bebauungsplan festgesetzten Emissionskontingente $L_{EK,i}$ der Regelbetrieb der Firma BRG GmbH problemlos möglich ist, ohne die nächstgelegenen Wohnbebauung erheblich zu stören. Dieser Regelbetrieb der Firma BRG GmbH findet tagsüber statt. Damit ist das Vorhaben umsetzbar.

7.9 Vorgaben zu Staubemissionen und -immissionen

Es wurde eine gutachtliche Stellungnahme zu den Staubemissionen und -immissionen von Barth & Bitter Gutachter im Arbeit- und Umweltschutz GmbH erstellt (Oktober 2017, s. Anlage 3 „Gutachtliche Stellungnahme“).

Darin wurde festgestellt, dass die relevanten Staubbelastungen relativ kleinräumig auf die unmittelbare Umgebung des Betriebsgeländes beschränkt sind. Für alle Beurteilungspunkte konnte für den Immissionsbeitrag der geplanten Anlage die Einhaltung der Irrelevanzwerte der TA Luft im Hinblick auf die Schwebstaubkonzentration PM 10 sowie die Staubdeposition nachgewiesen werden.

Es wurden bedarfsgemäße manuelle Befeuchtungen der Fahrwege bei Trockenwetter in der Berechnung berücksichtigt. Diese Maßnahmen sind auch weiterhin fortzuführen. Dies wird in den Durchführungsvertrag aufgenommen und ist damit verbindlich.

Unter Berücksichtigung der schlechtmöglichsten Berechnungsansätze wird gem. Gutachten festgestellt, dass der Schutz der menschlichen Gesundheit, der Schutz vor schädliche Umwelteinwirkungen sowie der Schutz vor erheblichen Belästigungen oder erheblichen Nachteilen sicher gegeben ist.

Damit ist das Vorhaben umsetzbar.

8 Ver- und Entsorgung

Aufgrund der speziellen Nutzung innerhalb des Plangebietes sind eine Ver- und Entsorgung und damit ein Anschluss an bestehende Leitungsnetze (Trinkwasser-, Strom- und Gasver-

sorgung, Telekommunikation sowie Schmutzwasser- und Abfallentsorgung) nicht erforderlich. Die Ver- und Entsorgung von Bürocontainern erfolgt auch weiterhin über mobile Einrichtungen (Generatoren, mobile Toilettenkabinen).

8.1 Löschwasserversorgung

Der Grundsatz der Löschwasserversorgung ist für das Plangebiet nach dem Arbeitsblatt W 405/Juli 1978 des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.) und nach Abstimmung mit der Feuerwehr durch den Vorhabenträger zu sichern. Im Sondergebiet SO 2 ist ein Löschwasserbrunnen mit einer Leistung von 800 l/m für eine zugrunde gelegte Löscheinzeit von mindestens 2 Stunden vorzuhalten.

Auf den Fahrzeugen, die im Plangebiet eingesetzt werden, sind jeweils Feuerlöscher vorhanden.

8.2 Oberflächenentwässerung

Das anfallende nicht verunreinigte Niederschlagswasser ist gemäß Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Celle und nach § 96 (3) Nds. Wassergesetz (NWG) auf dem jeweiligen Grundstück zu versickern.

Das auf der Betriebsfläche anfallende Niederschlagswasser wird zukünftig auf dem Grundstück am Fuß des Lärmschutzwalls in einer Mulde versickert. Die Mulde ist mit einer mindestens 30 cm dicken Oberbodenschicht herzustellen und dauerhaft zu begrünen. Der Grundwasserflurabstand im Bereich der Mulde beträgt fast 8 m. Der geforderte Grundwasserflurabstand in Bezug auf die Abbausohle von mindestens 1 m wird somit eingehalten. Die vorgesehene Behandlung des anfallenden Oberflächenwassers ist gem. dem Bewertungsverfahren nach DWA-M153 im Bereich der Wasserschutzzone II A ausreichend. Um eine Gefährdung des Grundwassers auszuschließen, ist das Grundwasser weiterhin zu beproben und zu überwachen. Die Errichtung von abstromigen Grundwassermessstellen zur Beweissicherung der Sickerwasser-Einmischzone wurde bereits fachlich mit der Unteren Wasserbehörde der Stadt Celle abgestimmt. Die Errichtung der Grundwassermessstellen und Beprobung des Grundwassers werden Bestandteil des Durchführungsvertrages.

9 Bodenordnende Maßnahmen

Bodenordnende Maßnahmen sind nicht notwendig. Die BRG Bauschuttrecycling Gesellschaft mbH ist Eigentümerin der Flächen.

10 Auswirkungen des Bebauungsplanes

10.1 Auswirkungen auf die umgebende Bebauung

Durch die Umsetzung des Bebauungsplanes ergeben sich voraussichtlich keine erheblichen Nachteile für die in der Umgebung des Plangebietes lebenden Menschen.

Die durch den Bebauungsplan zulässigen Nutzungen innerhalb des sonstigen Sondergebietes 1 (SO 1) sind generell bereits vorhanden. Es wird keine grundsätzlich neue Nutzung ermöglicht.

Die nächste Wohnbebauung befindet sich ca. 300 m entfernt zum Geltungsbereich. Durch die Planung verändert sich der Abstand zur Nutzung nicht. Die verkehrliche Belastung wird sich nicht erhöhen.

Für die Ermittlung ggf. erforderlich werdender Lärmschutzmaßnahmen wurde ein schalltechnisches Gutachten erstellt. Hiernach sind die ermittelten Emissionskontingente im Bebauungsplan festgesetzt. Mit den getroffenen Festsetzungen auf Grundlage des schalltechnischen Gutachtens bestehen keine schalltechnischen Bedenken gegen den Regelbetrieb der Firma BRG GmbH und den Einsatz einer mobilen Brecheranlage/ Bauschuttrecyclinganlage innerhalb des Plangebietes (s. Anlage 2 „Schalltechnisches Gutachten“).

Eine gutachtliche Stellungnahme zu Staubemissionen und -immissionen hat ergeben, dass sich die Staubbelastungen auf die unmittelbare Umgebung des Planungsgebiets beschränken und somit keine negativen Auswirkungen dies bzgl. auf die umgebende Bebauung besteht.

Der zukünftige Betrieb einer mobilen Brecheranlage/Bauschuttrecyclinganlage wird max. 2x/Jahr für jeweils 2-3 Wochen erfolgen. Die tägliche Betriebszeit beträgt max. 10 Stunden außerhalb der Ruhe- und Nachtzeiten. Zudem wird der Standort der Brecheranlage abgesenkt. Dadurch wird eine mögliche Lärmbelastung auf ein zu tolerierendes Maß begrenzt

Mit Aufstellung des Bebauungsplanes wird der dauerhafte, unbefristete Betrieb der Recyclinganlage planungsrechtlich gesichert.

10.2 Auswirkungen auf wirtschaftliche Belange

Durch die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den dauerhaften Betrieb einer Baustoffrecyclinganlage werden Arbeitsplätze gesichert. Zudem wird die Wirtschaft durch den Recycling-Betrieb unterstützt (Aufnahme und Verarbeitung/Bereitstellung von Materialien aus anderen Gewerbebetrieben).

10.3 Auswirkungen auf forstwirtschaftliche Belange

Durch die Überplanung der ursprünglich vorgesehenen Aufforstungsflächen und die Verbreiterung der Landesstraße im Bereich der Linksabbiegerspur kommt es zu Waldverlusten. Diese werden durch Ersatzaufforstungen vollständig ausgeglichen (s. Kap. 11 Umweltbericht“ und Anlage 1).

Da das Plangebiet nicht als siedlungsbezogener Erholungsbereich dient, wird sich die Frequentierung der umliegenden Waldgebiete durch Erholungssuchende nicht erhöhen.

10.4 Auswirkungen auf Umweltbelange

Die entstehenden Eingriffe werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ausgeglichen. Durch die Festsetzung geeigneter Maßnahmen im Wirkungsgefüge von Vermeidung, Minimierung, internem Ausgleich und externem Ersatz von Beeinträchtigungen kann der geplante Eingriff ausgeglichen werden (s. Kap. 11 „Umweltbericht“ und Anlage 1).

11 Umweltbericht

11.1 Einleitung

Die Aussagen des Umweltberichtes beruhen auf einem Gutachten für den Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 25 mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Baustoffrecycling Scheuen“, das vom Landschaftsarchitekturbüro Prof. Dr. Kaiser – Arbeitsgruppe Land & Wasser erarbeitet wurde (s. Anlage 1).

11.1.1 Ziele und Inhalt des Bebauungsplanes

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 25 mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Baustoffrecycling Scheuen“ und der dazugehörigen Flächennutzungsplanänderung erfasst eine zwischen den Ortschaften Groß Hehlen und Scheuen liegende Fläche westlich der Landesstraße 240, die eine Größe von 21.286 m² (2,13 ha) aufweist. Der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Stadt Celle weist den Bereich derzeit noch als Fläche für die Landwirtschaft aus.

Die BRG Bauschutt Recycling GmbH betreibt an diesem Standort eine Bodenabbaustätte. Gleichzeitig ist an diesen Bodenabbau eine befristete Genehmigung für einen Recyclingplatz zur Lagerung und Aufbereitung mineralischer Baureststoffe nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) gekoppelt. Der Bodenabbau soll auf angrenzenden Flächen erweitert werden. Hierfür ist ein gesondertes Genehmigungsverfahren vorgesehen.

Um für den zurzeit bestehenden und nach BImSchG genehmigten, zeitlich befristeten Recyclingbetrieb eine Genehmigung für einen dauerhaften und unbefristeten Betrieb zu erlangen, ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Zudem soll mit dem Bebauungsplan eine zum Betrieb gehörige bereits vorhandene Halle zur Lagerung von Altholz und Baustellenabfällen planungsrechtlich gesichert werden.

Das Plangebiet liegt südwestlich der Ortslage Scheuen innerhalb des Stadtgebietes von Celle. Die Landesstraße 240 verläuft im Osten des Plangebietes. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst Teile der Flurstücke 4/32, 1/4, 1/5 und 47/3 der Flur 5 in der Gemarkung Scheuen.

Folgende wesentliche Regelungen des Bebauungsplanes sind vorgesehen:

- Festsetzung von Flächen als Sondergebiet (SO 1) mit der Zweckbestimmung „Baustoffrecycling“ (10.244 m²) – (Grundflächenzahl 0,8);
- Festsetzung von Flächen als Sondergebiet (SO 2) mit der Zweckbestimmung „Lagerung von Altholz + Baustellenabfällen“ (526 m²) – (Grundflächenzahl 0,8);
- Festsetzung von Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung als Zuwegung (4.912 m²);
- Festsetzung einer Grünfläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie Ansaat von Landschaftsrasen (4.752 m²) im Rahmen einer Aufhöhung des vorhandenen Erdwalles zu einem Lärmschutzwall.

11.1.2 Ziele des Umweltschutzes

Ziele des Umweltschutzes ergeben sich für die Planung zum einen aus den umweltrelevanten Rechtsvorschriften und zum anderen aus den im Rahmen der Regionalplanung formulierten Zielvorgaben und den Aussagen der Landschaftsplanung.

Gemäß § 1 des Baugesetzbuches (BauGB) sind unter anderem die Umwelt beziehungsweise die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Im Sinne dieser Aufgaben gehört zu einer sachgerechten Abwägung der öffentlichen und privaten Belange durch die Bauleitplanung (§ 1 Abs. 6 BauGB) auch die Einbeziehung von Informationen über Ausprägungen und Qualitäten des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes, die von den Darstellungen beziehungsweise Festsetzungen der Bauleitpläne betroffen werden können. Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung (§ 13 ff. BNatSchG) ist im Bauleitplanverfahren nach den Vorschriften des BauGB (§ 1a BauGB) umzusetzen. Das Gesetz definiert Eingriffe als „Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich oder

nachhaltig beeinträchtigen können“ (§ 14 Abs. 1 BNatSchG). Als Grundsatz gilt, dass vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sind (§ 13 und § 15 Abs. 1 BNatSchG) und unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu kompensieren sind (Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, § 15 Abs. 2 BNatSchG). Die Eingriffsregelung ist im Bauleitplanverfahren nach den Vorschriften des BauGB umzusetzen, welches beide Typen von Kompensationsmaßnahmen einheitlich als Ausgleichsmaßnahmen definiert und eine räumliche Trennung von Eingriff und Ausgleich unter bestimmten Rahmenbedingungen zulässt (§ 200a BauGB).

Erhaltungsziele und Schutzzwecke von Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete und europäische Vogelschutzgebiete – Natura 2000-Gebiete) sind von der Planung nicht betroffen. Die nächstgelegenen FFH-Gebiete „Henneckenmoor bei Scheuen“ und „Entenfang Boye und Bruchbach“ befinden sich in mehr als 3 km Entfernung.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Celle (2005) ist der Geltungsbereich des Bebauungsplanes als Teil eines Vorsorgegebietes für Rohstoffgewinnung (Sand), eines Vorsorgegebietes für Natur und Landschaft sowie eines Vorranggebietes für Trinkwassergewinnung dargestellt. Die Landesstraße 240 gilt als Hauptverkehrsstraße von regionaler Bedeutung.

Der Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Celle (1991) enthält keine speziell das Plangebiet betreffenden Darstellungen. Gleiches gilt für den Landschaftsplan der Stadt Celle (1987).

Das Landschaftsschutzgebiet „Das Weiße Moor bei Hustedt“ (LSG CE S04) beginnt 400 m nördlich des Plangebietes und ist ebenfalls nicht von dem Vorhaben betroffen.

Gemäß dem Kataster geschützter Landschaftsbestandteile der Stadt Celle und der aktuellen Bestandsaufnahmen finden sich im Plangebiet keine in das Verzeichnis eingetragene gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG oder § 24 NAGBNatSchG. Nach § 22 NAGBNatSchG pauschal geschützte Landschaftsbestandteile sind vom Vorhaben ebenfalls nicht betroffen. Auch weitere Schutzgebiete oder gesetzlich geschützte Bereiche nach nationalem beziehungsweise internationalem Naturschutzrecht liegen nicht im Plangebiet.

Das Plangebiet ist Teil des Wasserschutzgebietes „Garßen“ (Schutzzone IIIA).

11.2 Umweltauswirkungen

11.2.1 Umweltzustand

Schutzgut Menschen und seine Gesundheit sowie Bevölkerung

Das Plangebiet selbst wird derzeit bereits für das Baustoffrecycling genutzt. Im Plangebiet sind keine durch Wohnnutzung gekennzeichneten Ansiedlungen vorhanden. Südlich liegt Groß Hehlen in etwa 800 m Entfernung, nordöstlich Scheuen in etwa 300 m Entfernung.

Aufgrund der aktuellen Nutzungssituation hat das Plangebiet trotz der siedlungsnahen Lage nur eine nachrangige Funktion für die Erholungsnutzung, zumal das Gebiet selbst für eine öffentliche Nutzung nicht erschlossen ist.

Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Derzeitig findet innerhalb des Plangebietes Baustoffrecycling statt. Der Oberboden wurde abgeschoben. Die Flächen werden intensiv befahren und zur Lagerung großer Mengen Schüttgutes genutzt. Die geplanten Verkehrsflächen existieren bereits als Wege für den Transportverkehr. Im Osten verläuft die um eine Abbiegespur zu erweiternde Landesstraße 240. Gemäß den Genehmigungsanträgen für Bodenabbau aus den Jahren 1998 und 2009

werden durch das Vorhaben Kompensations- beziehungsweise Rekultivierungsflächen in Anspruch genommen. Diese Flächen sind in Abb. 1 des Gutachtens für den Umweltbericht dargestellt und werden im Folgenden erläutert.

Der nördliche Abschnitt des Plangebietes (Teile der Grünfläche: Lärmschutzwall) umfasst eine festgesetzte Kompensationsfläche von 1.236 m² Größe, welche aus dem letzten Abbauerweiterungsantrag (2009) resultiert. Vorgesehen war, nach Abflachung der Grubenränder diese der natürlichen Eigenentwicklung zu überlassen und somit zum Schutze des Grundwassers eine ackerbauliche Nutzung zu vermeiden.

Weitere Flächen des Plangebietes (Sondergebiete SO 1 und SO 2, Teile der Grünfläche/Lärmschutzwall und der Verkehrsflächen) nehmen festgesetzte Aufforstungsflächen gemäß des Genehmigungsantrages vom 14. 9.1993, geändert am 28.5.1998, in Anspruch, innerhalb derer sich die bereits genehmigte Lagerhalle befindet. Es handelt sich dabei insgesamt um 16.281 m² Fläche für Eichenmischwald mit Waldmantelbepflanzung aus standortheimischen Gehölzen.

Beiderseits der Landesstraße 240 dominieren im Betrachtungsraum Wälder. Westlich der Landesstraße grenzt an den Radweg Eichen-Mischwald lehmiger, frischer Sandböden des Tieflandes. Daran schließen sich ein junger Birken- und Zitterpappel-Pionierwald sowie ein Kiefernforst an. Östlich der Landesstraße überwiegen Kiefernforste, teilweise auch mit Fichten-Anteilen oder von Vorkommen der Späten Trauben-Kirsche im Unterwuchs. Dazwischen befindet sich eine Goldrutenflur. Nördlich des Waldgebietes sind Sandäcker verbreitet. In den Seitenstreifen der Straße sind unterschiedliche Grünlandausprägungen zu finden. Es handelt sich dabei um artenarmes Extensivgrünland trockener Mineralböden und sonstiges mesophiles Grünland. Die durch Mahd gepflegten Flächen weisen keine Vorkommen mähwiesentypischer Arten auf. Östlich der Landesstraße wurden aber mit der Wiesen-Flockenblume (*Centaurea jacea*) und dem Echten Labkraut (*Galium verum*) zwei Pflanzenarten der niedersächsischen Vorwarnliste (Region Tiefland) festgestellt. Schließlich befinden sich in den Straßenseitenstreifen noch ein Einzelstrauch und mehrere Einzelbäume bestehend aus Berg-Ahorn, Hänge-Birke und Wald-Kiefer.

Die oben beschriebenen Flächen für Waldaufforstung sowie die Waldbestände entlang der Landesstraße 240 stellen zugleich Wald im Sinne des § 2 NWaldLG dar.

Natürliche Lebensräume im Sinne von § 3 Abs. 1 USchadG in Verbindung mit § 19 BNatSchG (Lebensraumtypen des Anhanges I der FFH-Richtlinie) finden sich innerhalb der Grenzen des Plangebietes nicht.

Im Plangebiet sind aufgrund des laufenden Abbau- und Recyclingbetriebes sowie des Straßenverkehrs auf der Landesstraße 240 keine stöempfindlichen Brutvogelarten zu erwarten. In dem von Wald und Ackerland geprägten Umfeld treten die in Tab. 2 des Gutachtens für den Umweltbericht aufgeführten Vogelarten auf (Bestandserhebungen 2009 und 2013). Neben Brutvogelarten mit hoher ökologischer Plastizität und typischen, weit verbreiteten Bewohnern offener und halboffener Landschaften kommen in geringem Umfang auch seltenere und an spezielle Lebensräume angepasste Arten vor. Einzelbäume als potenzielle Niststätten sind im Bereich der geplanten Grünfläche (Lärmschutzwall) und entlang der Landesstraße 240 vorhanden.

Alle Brutvogelarten sind im Sinne von § 7 BNatSchG besonders geschützte Arten. Darüber hinaus wurden fünf streng geschützte Arten im Sinne von § 7 BNatSchG im Wirkraum des Vorhabens festgestellt.

In der Roten Liste der Region Tiefland-Ost sind Bluthänfling, Feldlerche, Neuntöter und Waldlaubsänger als gefährdet aufgeführt. Fünf weitere Brutvogelarten werden in der regiona-

len Vorwarnliste geführt. Neben den genannten Brutvogelarten sind zwei weitere Arten, welche nur als Gastvögel auftreten, in den Roten Listen beziehungsweise der Vorwarnliste verzeichnet (Rauchschwalbe und Turmfalke).

Von den Arten, welche im Gebiet festgestellt wurden, sind Heidelerche, Neuntöter und Schwarzspecht im Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie aufgeführt.

Ältere Bäume können häufig Spalten oder Höhlen aufweisen, so dass sie als Fledermausquartiere in Betracht kommen. In den Bäumen entlang der Landesstraße 240 wurden jedoch keine Höhlen oder nutzbare Spalten festgestellt. Die Waldränder und Baumreihen im Plangebiet können zudem als Leitstrukturen für Fledermäuse dienen, welche diese als Jagdhabitate nutzen. Eine Vernetzung mit der umgebenden Landschaft besteht. Alle Fledermausarten gelten als europäisch geschützt (Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) und sind gleichzeitig streng geschützt im Sinne von § 7 BNatSchG.

In den Wäldern im Umfeld des Plangebietes konnten mit der Zauneidechse und der Blindschleiche zwei Reptilienarten nachgewiesen werden. Das Plangebiet selbst eignet sich aufgrund des laufenden Recyclingbetriebes nicht als Reptilienlebensraum. Die Waldränder und Böschungen entlang der Landesstraße 240 sind nicht sonnenexponiert und liegen beschattet. Die Böschungen des Walles am nordöstlichen Rand des Plangebietes bieten aufgrund der dichten Vegetation ebenfalls kein Lebensraumpotenzial insbesondere in Hinblick auf die Zauneidechse.

Schutzgut Fläche

Als Bestandssituation sind die gemäß den Genehmigungsanträgen für Bodenabbau aus den Jahren 1998 und 2009 vorgesehenen Rekultivierungszustände der Flächen maßgeblich. Demnach ist der überwiegende Teil des 22.672 m² großen Plangebietes unversiegelt und der freien Landschaft zuzurechnen. Vollversiegelte Flächen befinden sich im Bereich der Landesstraße 240 und des begleitenden Radweges sowie im Bereich der Lagerhalle.

Das Gebiet ist nicht Teil eines unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes über 100 Quadratkilometer.

Schutzgut Boden

Als Bestandssituation sind die gemäß den Genehmigungsanträgen für Bodenabbau aus den Jahren 1998 und 2009 vorgesehenen Rekultivierungszustände der Flächen maßgeblich. Demnach ist auf dem überwiegenden Teil des Plangebietes nach Andeckung von Füll- und Oberbodenschichten und nach der Aufforstung mit Laubgehölzen ein sich in der Entwicklung befindlicher Waldboden verbreitet. Im Nordosten des Plangebietes verbleibt nach der Bodenandeckung eine Brachefläche.

Überbaute oder stark befestigte Flächen befinden sich im Bereich der bestehenden Lagerhalle. Der bereits im Abbauantrag aus dem Jahr 1998 vorgesehene Transportweg stellt derzeit bis auf eine rund 80 m lange Sauberlaufstrecke, die dem Straßengrundstück der Landesstraße 240 vorgelagert ist, einen offenen Weg ohne Deckschicht dar. Die Landesstraße 240 und der begleitende Radweg stellen versiegelte Flächen dar, die Seitenstreifen sind stark überformt.

Aufgrund des Standortes innerhalb einer Abbaugrube liegt eine starke anthropogene Überformung der Böden vor. Dies gilt auch für die Landesstraße 240 einschließlich der Seitenstreifen. Besondere Bodenfunktionen sind nicht vorhanden.

Schutzgut Wasser

Die gemäß den Genehmigungsanträgen für Bodenabbau aus den Jahren 1998 und 2009 vorgesehene Flächenrekultivierung sieht eine Andeckung von Füll- und Oberbodenschichten über der verbleibenden Grubensohle vor¹. Der Grundwasserhöchststand liegt bei 1 m unter der ehemaligen Abbausohle. Die Grundwasserfließrichtung verläuft von Nordosten nach Südwesten. Hydromorphe Böden sind somit nicht vorhanden. Oberflächengewässer sind ebenfalls nicht vorhanden.

Vor dem Hintergrund der vorgesehenen extensiven Nutzung der Flächen als Wald beziehungsweise Brache ist im festgesetzten Rekultivierungszustand von einem geringen Stoffeintragsrisiko auszugehen. Dieses ist entlang der Landesstraße 240 höher einzustufen. Jedoch kann Regenwasser auch hier in den Seitenstreifen versickern. Insgesamt besteht somit im Untersuchungsgebiet eine unbeeinträchtigte Grundwassersituation.

Schutzgüter Klima und Luft

Die im Zuge der Genehmigungsanträge für Bodenabbau aus den Jahren 1998 und 2009 vorgesehene Flächenrekultivierung sieht als hier maßgebliche Bestandsvegetation Waldbestände und Bracheflächen vor. Es handelt sich somit im Falle der Waldbestände um Bereiche mit Frischluftentstehungs- und Klimaausgleichsfunktion. Bracheflächen zählen zu den Freilandklimatopen mit unbebauten Offenlandflächen, die im Gegensatz zu den versiegelten Straßenflächen zur Kaltluftproduktion beitragen.

Aufgrund der dörflichen Siedlungsstrukturen im Umfeld ohne ausgeprägte Belastungsräume sind Aspekte wie Frischluftentstehung und Klimaausgleichsfunktion jedoch im vorliegenden Fall nicht relevant.

Schutzgut Landschaft

Da sich gemäß den Genehmigungsanträgen für Bodenabbau aus den Jahren 1998 und 2009 die Bestandsituation auf die festgesetzten Kompensations- beziehungsweise Rekultivierungsflächen mit Laubwaldanpflanzungen und Sukzessionsflächen beziehen muss, entspricht das Plangebiet im rekultivierten Zustand abgesehen von den Verkehrsflächen weitgehend der naturräumlichen Eigenart. Die auch zukünftig wahrnehmbare Abbaugrube stellt jedoch auch weiterhin eine Überformung der Landschaftsbildsituation dar.

Der Betrachtungsraum ist von Verkehrslärmbelastungen, welche von der Landesstraße 240 ausgehen, betroffen. Eine weiträumige Einsehbarkeit des Plangebietes ist insbesondere aus Richtung Osten gegeben.

Schutzgüter kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Die Bestandssituation im Plangebiet deutet nicht auf das Vorhandensein von Kulturgütern hin. Bei den Straßenverkehrsflächen handelt es sich um Sachgüter, ebenso bei den vorhandenen Waldflächen und den planungsrechtlich festgesetzten Waldflächen.

Wechselwirkungen

Zwischen den in den vorstehenden Textabschnitten behandelten Schutzgütern bestehen diverse Wechselwirkungen, die bei der Darstellung und Beurteilung der Umweltauswirkungen des Planes berücksichtigt werden, indem die Auswirkungen bei jedem auch indirekt betroffenen Schutzgut benannt werden, sofern sie von Beurteilungsrelevanz sind.

¹ Auch wenn im Bereich der Recyclingfläche auf den Abbau von Boden verzichtet wird, ist der mit den alten Abbaugenehmigungen festgesetzte Zustand einer Abgrabungsfläche mit anschließender Andeckung von Füll- und Oberboden auszugehen.

Die folgenden Wechselwirkungen sind in Bezug auf die zu erwartenden wesentlichen Auswirkungen und vor allem hinsichtlich möglicher Beeinträchtigungen relevant:

- Die Versiegelung von Böden betrifft nicht nur das Schutzgut Boden und Fläche, sondern verändert auch die Grundwasserneubildungsmöglichkeiten und kann damit das Schutzgut Wasser beeinträchtigen. Gleichzeitig gehen die Funktionen des Oberbodens als Lebensstätte für Bodenorganismen und als Wuchsort für Pflanzen verloren (Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt).
- Der Verlust oder die Beeinträchtigung von Biotopen führt gleichzeitig zu Beeinträchtigungen der Schutzgüter Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt. Da Biotope außerdem wesentliche Landschaftsbildelemente darstellen, ist auch das Schutzgut Landschaft betroffen und in der Funktion der Landschaft für die Erholung des Menschen das Schutzgut Mensch.

11.2.2 Prognose zur Entwicklung des Umweltzustandes

Schutzgut Menschen und seine Gesundheit sowie Bevölkerung

Während der Herstellung neuer baulicher Anlagen gehen von den Vorhabensflächen baubedingte Lärmbelastungen auf Erholungsbereiche und die bestehenden Wohnflächen in der Umgebung aus. Diese sind aber nur temporär. Außerdem ist von der Einhaltung entsprechender immissionschutzrechtlicher Regelungen in der Bauphase auszugehen. Insgesamt sind allenfalls geringfügige Beeinträchtigungen im üblichen Rahmen zu erwarten.

Im Hinblick auf die Betriebsphase, also die Nutzung der Recyclinganlage, lassen sich die folgenden Aussagen treffen. Als Hauptemissionsquelle sind tagsüber Fahrbewegungen durch den Transportverkehr zu benennen. Weitere Lärmbelastungen kommen zweimal jährlich für jeweils zwei bis drei Wochen während des Betriebes der Brecheranlage hinzu.

Folgende Arbeitsschritte sind im regulären Betriebsablauf zu erwarten:

- Materialanlieferung mit Lkw (Bauschutt, Betonbruch, Sand, Recyclingmaterial, Naturgestein und ähnliches),
- Aufschütten der Halden (Aufhaltung zur Lagerung von Bauschutt und zerkleinertem Material),
- Abtransport von Materialien (zerkleinertes Material, Recyclingmaterial),
- Fahrzeugbewegungen (Betriebsfahrzeuge und Pkw der Mitarbeiter),
- temporärer Betrieb einer mobilen Brecheranlage (inklusive notwendiger Transportvorgänge).

Die Öffnungs- beziehungsweise Arbeitszeiten sind im Sommerhalbjahr Montag bis Freitag von 6.00 bis 18.00 Uhr. Im Winterhalbjahr ist von kürzeren Arbeitszeiten auszugehen. Ein Nachtbetrieb findet in der Regel nicht statt.

Laut schalltechnischem Gutachten ist der Regelbetrieb innerhalb des Plangebietes unter Berücksichtigung geeigneter Vermeidungsmaßnahmen im Rahmen zulässiger Emissionskontingente problemlos möglich. Auch der temporäre Einsatz der Brecheranlage führt bei Einhaltung einer maximalen Betriebszeit von zehn Stunden außerhalb der Ruhezeit nicht zur Überschreitung zulässiger Emissionskontingente.

Während der Betriebsphase kommt es zudem im Umfeld des Vorhabens zu Staubimmissionen. Die relevante Staubbelastung beschränkt sich jedoch relativ kleinräumig auf die unmittelbare Umgebung des Betriebsgeländes.

Im Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung konnte für alle festgelegten Beurteilungspunkte für den Immissionsbeitrag der geplanten Anlage die Einhaltung des Irrelevanzwertes der TA Luft im Hinblick auf die Schwebstaubkonzentration PM10 sowie die Staubdeposition nachgewiesen werden. Analog zum Vorgehen der TA Luft und unter Berücksichtigung einer Irrelevanzschwelle von 3 % des Jahresimmissionswertes ergibt sich auch für die Schwebstaubkonzentration PM2,5 die Einhaltung des abgeleiteten Irrelevanzwertes.

Durch den Fahrzeugverkehr sind Staubemissionen auf Grund von Aufwirbelungen zu erwarten. Als zusätzliche Emissionsminderungsmaßnahme wurde eine bedarfsabhängige manuelle Befeuchtung der Fahrwege bei Trockenwetter berücksichtigt.

Es kann festgestellt werden, dass der Schutz der menschlichen Gesundheit, der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen sowie der Schutz vor erheblichen Belästigungen oder erheblichen Nachteilen sicher gegeben ist.

Im Hinblick auf den mit der Überplanung der vorhandenen Flächen verbundenen Verlustes von siedlungsbezogenen Erholungsbereichen ist zu bemerken, dass das Gebiet selbst für eine öffentliche Nutzung nicht erschlossen ist und Waldflächen im großen Umfang im Nahbereich vorhanden sind. Da sich an der Situation für Erholungssuchende nichts ändert, wird sich die Frequentierung der umliegenden Waldgebiete nicht erhöhen.

Schutzgüter Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes ermöglichen die Inanspruchnahme und damit den Verlust von festgesetzten Kompensations- und Rekultivierungsflächen aus den Genehmigungsanträgen zum Bodenabbau aus den Jahren 1998 und 2009. Zudem werden Biotopflächen durch den Ausbau der Landesstraße 240 beansprucht. Es kommt zu den nachfolgend aufgelisteten Verlusten.

- 16.281 m² Aufforstungsfläche für Eichenmischwald mit Waldmantelbepflanzung aus standortheimischen Gehölzen (Antrag 1998), als Biotoptyp Laubwald-Jungbestand mit dem Ziel eines bodensauren Eichenwaldes einzustufen,
- 1.236 m² Bracheffläche zum Schutze des Grundwassers (Antrag 2009), als Biotoptyp halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte einzustufen,
- 329 m² Kiefernforst mit Fichten-Anteilen,
- 4 Einzelbäume,
- 524 m² sonstiges mesophiles Grünland,
- 273 m² artenarmes Extensivgrünlandrockener Mineralböde,
- 1.940 m² befestigte Wege und Straßen,
- 2.089 m² unbefestigte Wege.

Der östlich der Landesstraße 240 festgestellte Wuchsort der Wiesen-Flockenblume, welche auf der niedersächsischen Vorwarnliste vermerkt ist, wird durch die Planung beansprucht.

Die nachteiligen Auswirkungen auf potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Tieren gehen im Wesentlichen unmittelbar einher mit den Verlusten der oben angeführten Vegetationsbestände.

Hinsichtlich der Brutvögel stellt die Beseitigung geeigneter Niststätten ausschließlich außerhalb der Brutzeit sicher, dass es zu keinen Individuenverlusten kommt. Niststätten von im Bestand bedrohter Brutvogelarten sind aufgrund der Vorbelastungen innerhalb des Plangebietes nicht zu erwarten. Von den Gehölzverlusten sind ungefährdete, weit verbreitete Arten betroffen. Da die Arten jährlich neue Nester bauen, keine störepfindlichen Arten festgestellt wurden und im Nahbereich geeignete Habitatstrukturen in ausreichendem Umfang vorhanden sind, können die Vögel kleinräumig ausweichen. Geringfügige Lebensraumverlagerungen verschlechtern nicht den Erhaltungszustand der lokalen Populationen der europäischen

Vogelarten und sind daher als nicht erheblich anzusehen. Die Beseitigung alter Nester nach Abschluss der Brutzeit stellt bei Vogelarten, die jedes Jahr neue Nester bauen, keine Beseitigung geschützter Lebensstätten dar. Relevante baubedingte Störwirkungen, die das Maß der derzeitigen betriebsbedingten Störungen signifikant übersteigen, sind nicht zu erwarten. Es kommt somit zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen. Von den im Rahmen der Eingriffsregelung durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen profitieren zudem auch die Brutvögel.

Die im Plangebiet vorhandenen Waldränder und Baumreihen können Jagdhabitate für europäisch geschützte Fledermausarten darstellen. Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG liegen nicht vor, da Individuenverluste ausgeschlossen werden können. Nahrungshabitate unterliegen nicht den Schutzstatbeständen des § 44 Abs. 1 BNatSchG. Im vorliegenden Fall bleiben Gehölzstrukturen erhalten, die auch zukünftig als Leitstrukturen von den Tieren genutzt werden können. Unabhängig davon bleiben die Nahrungshabitate weitgehend unverändert erhalten, da die für die Fledermäuse wichtigen Gehölzkulissen weitestgehend erhalten bleiben. Die Verbotsbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Störungsverbot) werden ebenfalls nicht erfüllt. Die Artengruppe zeigt keine auffällige Störepfindlichkeit, sofern ihre Quartiere nicht direkt aufgesucht werden und Störungen unmittelbar am Quartier stattfinden. Dementsprechend finden sich Fledermäuse auch im besiedelten Bereich. Von den im Rahmen der Eingriffsregelung durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen profitieren zudem auch Fledermäuse.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Vorhaben zu keinen Verbotstatbeständen des § 44 Abs. 1 BNatSchG führt. Dieses setzt allerdings die Berücksichtigung der in Kap. 2.4.1 beschriebenen Vorkehrungen voraus.

Schutzgut Fläche

Innerhalb des Plangebietes werden durch die Sondergebiete SO1 und SO2 sowie durch den Ausbau der Landesstraße 240 und Teile der Zuwegung rund 1,39 ha Fläche der freien Landschaft entzogen. Wie im Abschnitt „Schutzgut Boden“ hergeleitet, entsteht eine zusätzliche Versiegelung von 11.338 m². Große unzerschnittene verkehrsarme Räume über 100 Quadratkilometer sind von der Flächeninanspruchnahme nicht betroffen.

Schutzgut Boden

Die Überbauungen und sonstigen Flächenversiegelungen oder –befestigungen von offenen Böden bedingen den Verlust der natürlichen Bodenfunktionen. Dies gilt auch für die großflächige Lagerung von Recyclingschüttgütern in Form mehrere Meter hoher Halden, unter denen kein Bodenleben möglich ist. Es kommt zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes. Im vorliegenden Fall ist davon auszugehen, dass dies in folgendem Ausmaß erfolgt:

- Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Baustoffrecycling“ (SO 1): überbaubare Grundstücksfläche (GRZ 0,8 + Überschreitung = 100 % des Nettobaulandes) = 10.244 m².
- Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Lagerung von Altholz + Baustellenabfällen“ (SO 2): überbaubare Grundstücksfläche (GRZ 0,8 = 80 % des Nettobaulandes) = 0,8 x 526 m² Fläche für das Sondergebiet = 421 m². Die bisherige Überbauung nimmt rund 280 m² ein. Somit sind zusätzlich 141 m² Versiegelung erlaubt.
- Straßenverkehrsfläche im Zuge des Ausbaus der Landesstraße 240: 2.238 m². Die bisherige Versiegelung nimmt 1.254 m² ein. Somit sind zusätzlich 984 m² Versiegelung erlaubt.

Private Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (Zuwegung) sind auf einer Fläche von 4.912 m² vorgesehen. Die bereits bestehenden Zufahrtswege bedürfen keiner zusätzlichen Befestigung. Die rund 80 m lange Sauberlaufstrecke, welche dem Straßengrundstück

der Landesstraße 240 vorgelagert ist, bleibt erhalten. Eine zusätzliche Bodenversiegelung findet nicht statt. Die Planung des Zufahrtbereiches an der Landesstraße 240 sieht sogar einen Rückbau der Befestigung in einem Umfang von 31 m² vor.

Insgesamt erfolgt eine zusätzliche Überbauung oder sonstige Versiegelung auf 11.338 m² Fläche. Hinzu kommt eine Überformung des bereits bestehenden Erdwalles am Ostrand der Abbaugrube durch Aufhöhung in einem Umfang von 4.752 m².

Bodenversiegelungen oder -befestigungen im Bereich der sonstigen Flächen (Grünflächen) sind nicht vorgesehen. Relevante Schadstoffbelastungen sind vor dem Hintergrund möglicher Vorkehrungen zur Vermeidung und Verminderung nicht zu erwarten.

Schutzgut Wasser

Durch Flächenversiegelungen oder -überbauungen kann es zu einer Verringerung der Grundwasserneubildung kommen. Dieser Effekt lässt sich jedoch durch geeignete Vorkehrungen auf ein unerhebliches Maß reduzieren, so dass nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung auszugehen ist.

Dies gilt auch für mögliche zusätzliche Schadstoffbelastungen im Zuge von Bau und Nutzung der Anlagen. Die Sickerwege für das versickernde Niederschlagswasser bleiben im Bereich der Recyclinganlagenflächen durch den Verzicht auf Bodenabbau dauerhaft erhalten. Die Sickerstrecke beträgt bei Grundwasserhöchststand etwa 8 m und im Mittel 9 bis 10 m (Arbeitskonzept zur Sickerwasserbeurteilung 2016). Im Falle eines Austrittes boden- und wassergefährdender Stoffe sind diese umgehend und umfassend zu beseitigen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Zudem werden im Rahmen des Recyclingbetriebs keine Materialien angenommen, die grundwassergefährdende Stoffe enthalten. Um eine Gefährdung des Grundwassers auszuschließen, wird das Grundwasser weiterhin beprobt und überwacht.

Schutzgüter Klima und Luft

Durch die Überbauung von nicht versiegelten Flächen kommt es angesichts der Dimension und Lage des Vorhabens zu einer geringfügigen nicht erheblichen Beeinträchtigung der Schutzgüter.

Schutzgut Landschaft

Die Festsetzungen ermöglichen die Bebauung von Freiflächen. Dies erfolgt zu großen Teilen im Bereich von Kompensations- und Rekultivierungsflächen, welche auch der Einbindung der Abbaugrube in das Landschaftsbild dienen (siehe Antrag 2009). In der Summe ergibt sich in bisher unbebauten Bereichen eine erhebliche Beeinträchtigung der Landschaftsbildsituation.

Schutzgüter kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Da der Recyclingbetrieb bereits besteht, kommt es auf dem Betriebsgelände zu keinen Beeinträchtigungen von Kulturgütern. Die Straßenseitenräume der Landesstraße 240 sind stark überformt, so dass auch hier keine Kulturgüter zu erwarten sind. Die Straßenverkehrsflächen stehen nach dem Ausbau der Landesstraße 240 der Allgemeinheit wieder zur Verfügung. Auf 329 m² geht bestehender Wald verloren, der wegen der vergleichsweise umweltfreundlichen Produktion von Rohstoffen als Sachgut einzustufen ist. Weiterhin können 16.281 m² genehmigungsrechtlich festgesetzte Waldflächen nicht erstaufgeforstet werden
Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zur Kompensation nachteiliger Auswirkungen

Die folgenden Vorkehrungen dienen der Vermeidung und Verringerung nachteiliger Auswirkungen auf die Umweltschutzgüter:

- Immissionsschutzrechtliche Bestimmungen, vor allem der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV) und der AVV-Baulärm sind bei der Herstellung baulicher Anlagen zu beachten.
- Festsetzung zulässiger Emissionskontingente für die Sondergebiets- und Verkehrsflächen im Plangebiet zum Schutz vorhandener Wohngebiete unter Berücksichtigung der Immissionsrichtwerte der TA Lärm.
- Betrieb der Brecheranlage maximal zweimal jährlich für jeweils zwei bis drei Wochen über maximal zehn Stunden außerhalb der Ruhezeit (20:00 bis 7:00 Uhr).
- Die Geräusche, welche von den Verkehrsflächen des Betriebsgeländes ausgehen, werden durch organisatorische Maßnahmen soweit wie möglich verringert, wenn
 - sich der Beurteilungspegel der Verkehrsgeräusche um mindestens 3 dB (entspricht einer Verdopplung der Verkehrsmenge) erhöht,
 - keine Vermischung mit dem übrigen Verkehr erfolgt und
 - die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) erstmalig oder weitergehend überschritten werden.
- Aufhöhung des Erdwalles im Nordosten des Plangebietes zu einem 5 m hohen Lärmschutzwall. Dies wirkt sich positiv auf die Einsehbarkeit und Fernwirkung der Anlage aus.
- Sollte es bei sehr ungünstiger Wetterlage zu starken Staubemissionen kommen, werden die Transportwege befeuchtet.
- Fällen und Roden von Gehölzen nur außerhalb der Vegetationsperiode (in Anlehnung an § 39 Abs. 5 BNatSchG nicht zwischen 1. März und 30. September).
- Bei der Anlage von Außenbeleuchtungen sind mit Leuchtdioden bestückte Lampen vom Typ „warm-weiß“ zu verwenden, da diese deutlich weniger Nachtinsekten und somit auch Fledermäuse anlocken als andere Lampentypen. Außerdem sind die Beleuchtungskörper so anzuordnen, dass diese nicht in das Umland strahlen. Die Zufahrtswege dürfen nicht beleuchtet werden.
- Außerhalb der überbaubaren Flächen Erhalt von Gehölzbeständen und sonstiger Biotopbestände der Wertstufe 3 oder höherwertig. So ist auch die Saumvegetation entlang der Transportwege zu erhalten und nur in mehrjährigen Abständen zu mähen.
- Gegebenenfalls vorhandener Oberboden ist von zu bebauenden Flächen abzuschieben und zu verwerten.
- Einsatz von Baumaschinen, -geräten und -fahrzeugen, die den einschlägigen technischen Vorschriften und Verordnungen entsprechen.
- Ordnungsgemäße Lagerung, Verwendung und Entsorgung boden- und wassergefährdender Stoffe während der Bau- und Betriebsphase.
- Sofortige und umfassende Beseitigung von bei Unfällen oder Leckagen austretenden Schadstoffen und ordnungsgemäße Entsorgung während der Bauphase.
- Das im Sondergebiet SO 1 anfallende Niederschlagswasser ist auf den Grundstücksflächen zu versickern. Ein Abfließen nach außen über die Böschung Richtung angrenzender Abbaugrube wird durch niedrige Verwallungen oder Gefälle nach innen gezielt verhindert. Die Sickerwege für das versickernde Niederschlagswasser bleiben im Bereich der Recyclinganlagenflächen durch den Verzicht auf Bodenabbau dauerhaft erhalten. Die Sickerstrecke beträgt bei Grundwasserhöchststand etwa 8 m und im Mittel 9 bis 10 m. Um eine Gefährdung des Grundwassers auszuschließen, wird das Grundwasser weiterhin beprobt und überwacht.
- Das anfallende Niederschlagswasser der Dach- und Pflasterfläche im Sondergebiet SO 2 und der mit einer ungebundenen Tragschicht versehenen Zufahrt wird wie bisher flächig auf dem Grundstück versickert.
- Im Rahmen des Recyclingbetriebs werden keine Materialien angenommen, die grundwassergefährdende Stoffe enthalten (maximal Belastungsstufe Z.1.1).

- Die ordnungsgemäße und umweltschonende Verwendung, Lagerung und Entsorgung von boden- und wassergefährdenden Materialien sowie Abfällen, Reststoffen und Abwässern während der Bautätigkeiten sowie der gesamten Nutzung der Recyclinganlage sind sicherzustellen.

Im Hinblick auf die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung sind Ausgleichsmaßnahmen für erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft erforderlich. Zugleich ergibt sich aus den waldrechtlichen Regelungen des NWaldLG ein Kompensationsbedarf für die als Folge der Planung entstehende formale Waldumwandlung, da rechtskräftig festgesetzte Aufforstungsflächen überplant werden. Zudem kommt es entlang der Landesstraße 240 zum Verlust vorhandener Waldflächen.

Die Kompensation durch forstliche Maßnahmen (Waldumbau) hat zugleich einen Ausgleichseffekt hinsichtlich der naturschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen.

Nach den bestehenden Abbaugenehmigungen sind insgesamt 16.281 m² der jetzt im Rahmen des Bebauungsplanes für die Recyclinganlage beanspruchten Flächen aufzuforsten. Da dieses wegen der Überplanung nicht mehr möglich ist, sind diese Aufforstungsmaßnahmen auf eine externe Fläche zu verlagern, wobei ein Flächenverhältnis von 1 : 1 ausreicht, da die betroffenen Waldflächen real noch nicht vorhanden sind. Die Verpflichtung zur Ersatzaufforstung mindestens im Verhältnis 1 : 1 ergibt sich aus § 8 NWaldLG.

Im Rahmen des Ausbaus der Landesstraße 240 mit Linksabbiegespur findet zusätzlich auf 329 m² eine Umwandlung von Wald im Sinne von § 2 NWaldLG statt. Aus der im Gutachten für den Umweltbericht ermittelten Kompensationshöhe von 1 : 1,4 ergibt sich hier ein Ersatzaufforstungsbedarf in einem Umfang von 461 m². Zusammen mit den vorhabenbedingt beanspruchten Flächen, welche nach den bestehenden Abbaugenehmigungen aufzuforsten waren (16.281 m²) ergibt sich insgesamt ein Bedarf von 16.742 m².

Die geplanten Ersatzaufforstungen sind in Kap. 2.4.2.2 im Gutachten für den Umweltbericht unter den Maßnahmen E 1, E 2 und E 3 beschrieben, die zusammen eine Flächengröße von 16.742 m² haben, so dass der Bedarf an Ersatzaufforstung vollständig erfüllt wird.

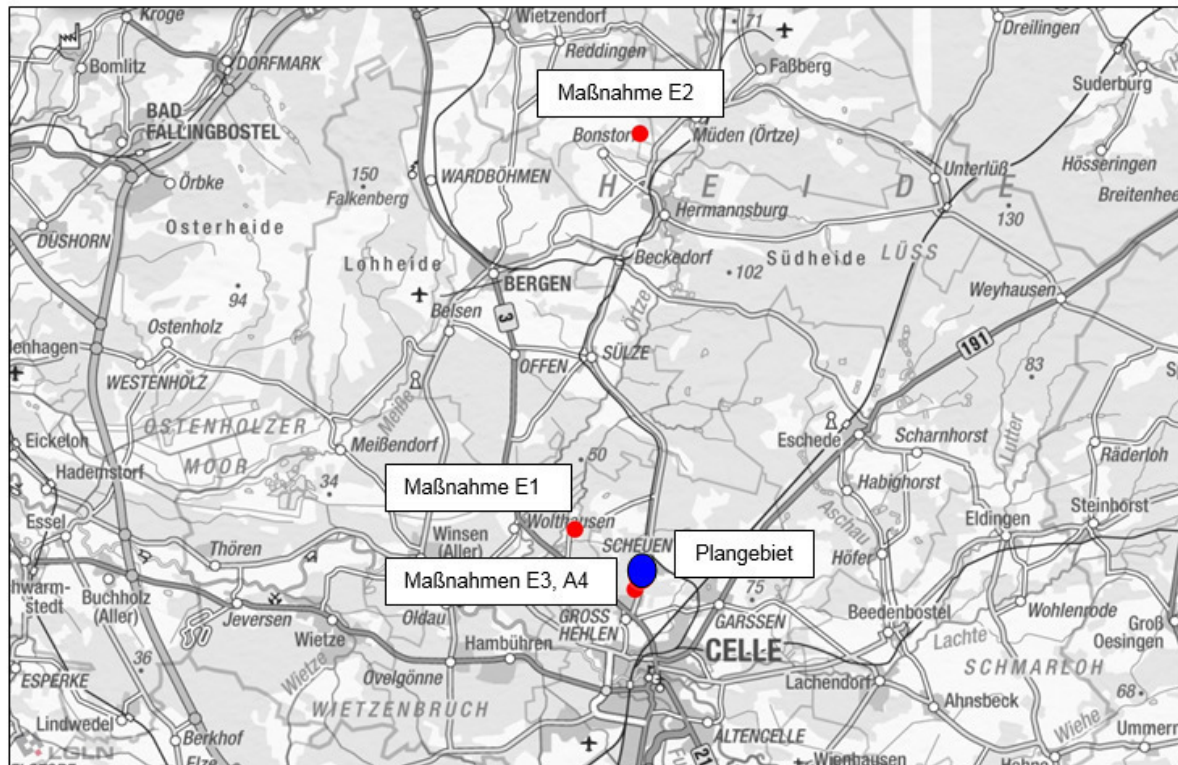
Folgende Ersatzaufforstungen sind abseits des Plangebietes durchzuführen:

- Entwicklung von Laubwald (Maßnahme E 1) auf einer 10.000 m² großen bisher landwirtschaftlich genutzten Teilfläche des Flurstückes 66/5 in der Flur 7, Gemarkung Wolthausen (Angabe gemäß NKompVzVO). Diese Maßnahme kompensiert zum Teil die Verluste von Wald, Einzelbäumen und Grünland. Es erfolgt zudem eine Aufwertung des Landschaftsbildes. Gleichzeitig wird die Kompensation der Versiegelung von Böden erreicht. Des Weiteren werden neue Lebensräume für Vögel und Fledermäuse geschaffen.
- Entwicklung von Laubwald (Maßnahme E 2) auf einer 1.698 m² großen bisher landwirtschaftlich genutzten Teilfläche des Flurstückes 12/5 in der Flur 5, Gemarkung Bonstorf (Angabe gemäß NKompVzVO). Diese Maßnahme kompensiert zum Teil die Verluste von Wald, Einzelbäumen und Grünland. Es erfolgt zudem eine Aufwertung des Landschaftsbildes. Gleichzeitig wird die Kompensation der Versiegelung von Böden erreicht. Des Weiteren werden neue Lebensräume für Vögel und Fledermäuse geschaffen.
- Entwicklung von Mischwald (Maßnahme E 3) auf einer 5.044 m² großen bisher landwirtschaftlich genutzten Teilfläche des Flurstückes 7/1 in der Flur 2, Gemarkung Groß Hehlen (Angabe gemäß NKompVzVO). Diese Maßnahme kompensiert zum Teil die Verluste von Wald, Einzelbäumen und Grünland. Es erfolgt zudem eine Aufwertung des Landschaftsbildes. Gleichzeitig wird die Kompensation der Versiegelung von Böden erreicht. Des Weiteren werden neue Lebensräume für Vögel und Fledermäuse geschaffen.

Das unter Berücksichtigung der Ersatzaufforstungen verbleibende naturschutzfachliche Defizit erfordert für einen vollständigen Ausgleich im Sinne der Eingriffsregelung weitere Kompensationsmaßnahmen.

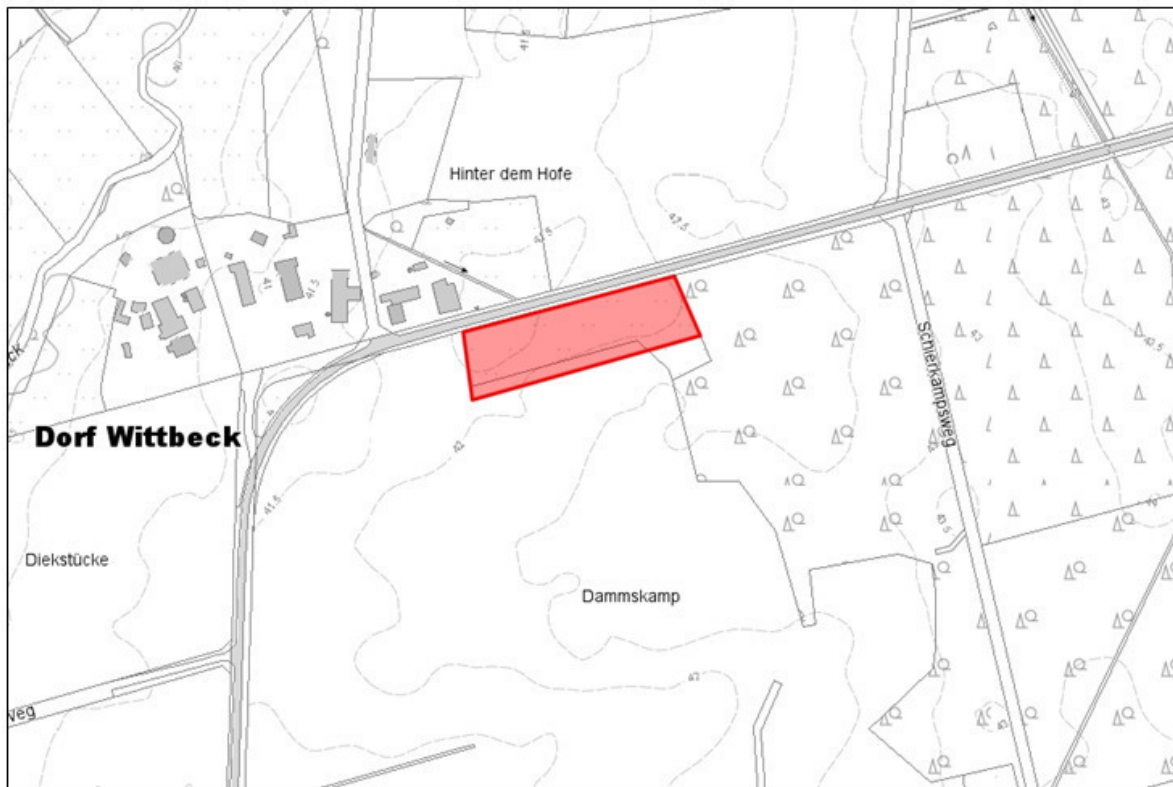
Dazu erfolgt die Entwicklung einer halbruderalen Gras- und Staudenflur (Maßnahme A 4) auf einer 2.671 m² großen bisher landwirtschaftlich genutzten Teilfläche des Flurstückes 7/1 in der Flur 2, Gemarkung Groß Hehlen (Angabe gemäß NKompVzVO). Sie schließt an die zuvor beschriebene Ersatzaufforstungsfläche an.

Auf der Grünfläche (Lärmschutzwall) erfolgen zur Eingrünung der Anlagen Gehölzpflanzungen aus heimischen Arten sowie eine Ansaat von Landschaftsrasen (Maßnahme A 5).



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, © 2018

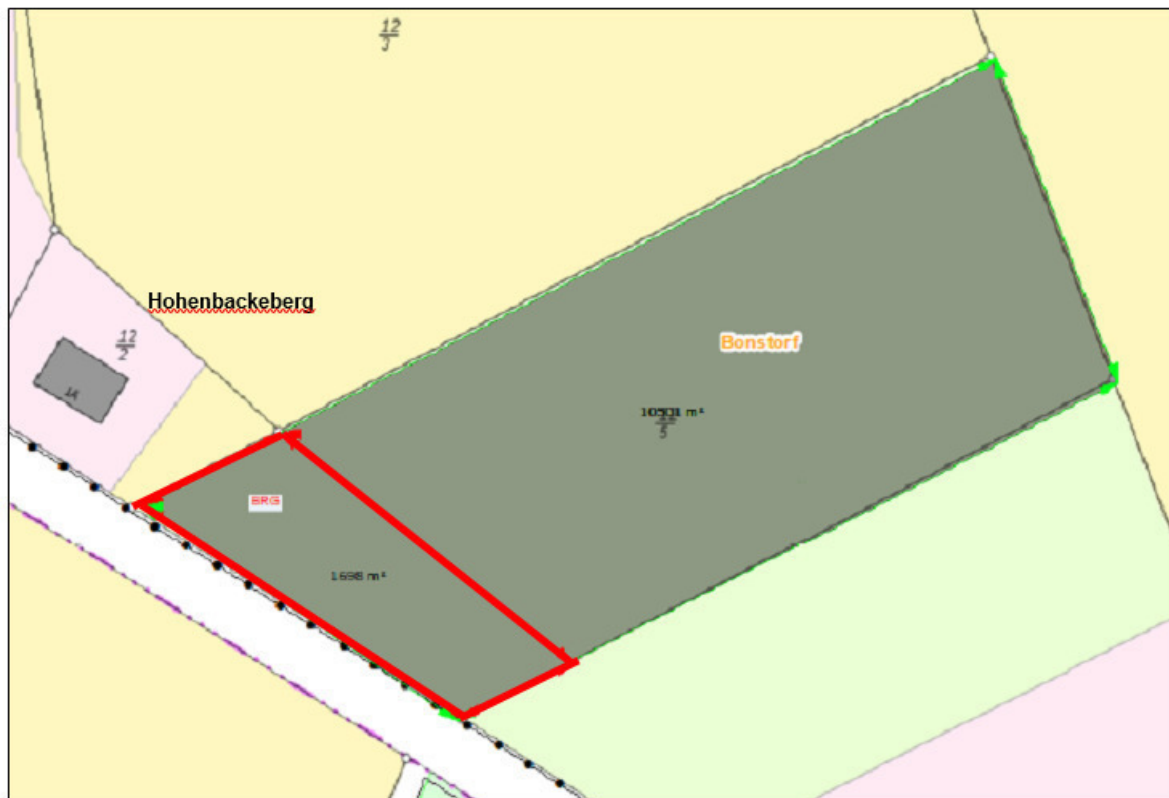
Übersicht zur Lage der Flächen zur Kompensation der erheblichen Beeinträchtigungen, rote Punkte außerhalb des Plangebietes, blauer Punkt (Maßstab 1 : 363.000, eingeordnet).



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, © 2018



Lage der Maßnahme E 1, rot umrandet (Gemarkung Wolthausen, Flur 7, Flurstück 66/5) außerhalb des Plangebietes (Maßstab 1 : 6.000, eingenordet)

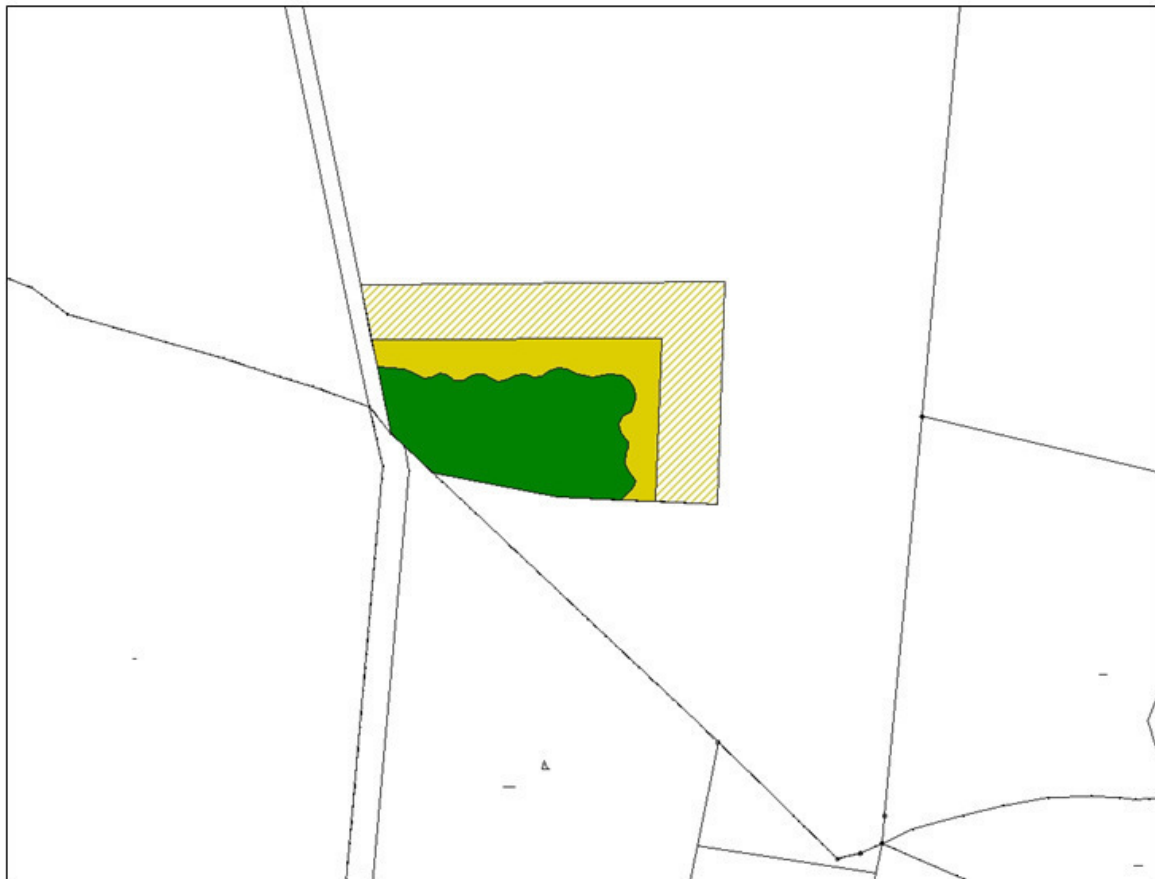





Lage der Maßnahme E 2, rot umrandet (Gemarkung Bonstorf, Flur 5, Flurstück 12/5) außerhalb des Plangebietes (Maßstab 1 : 1.400, eingenordet)



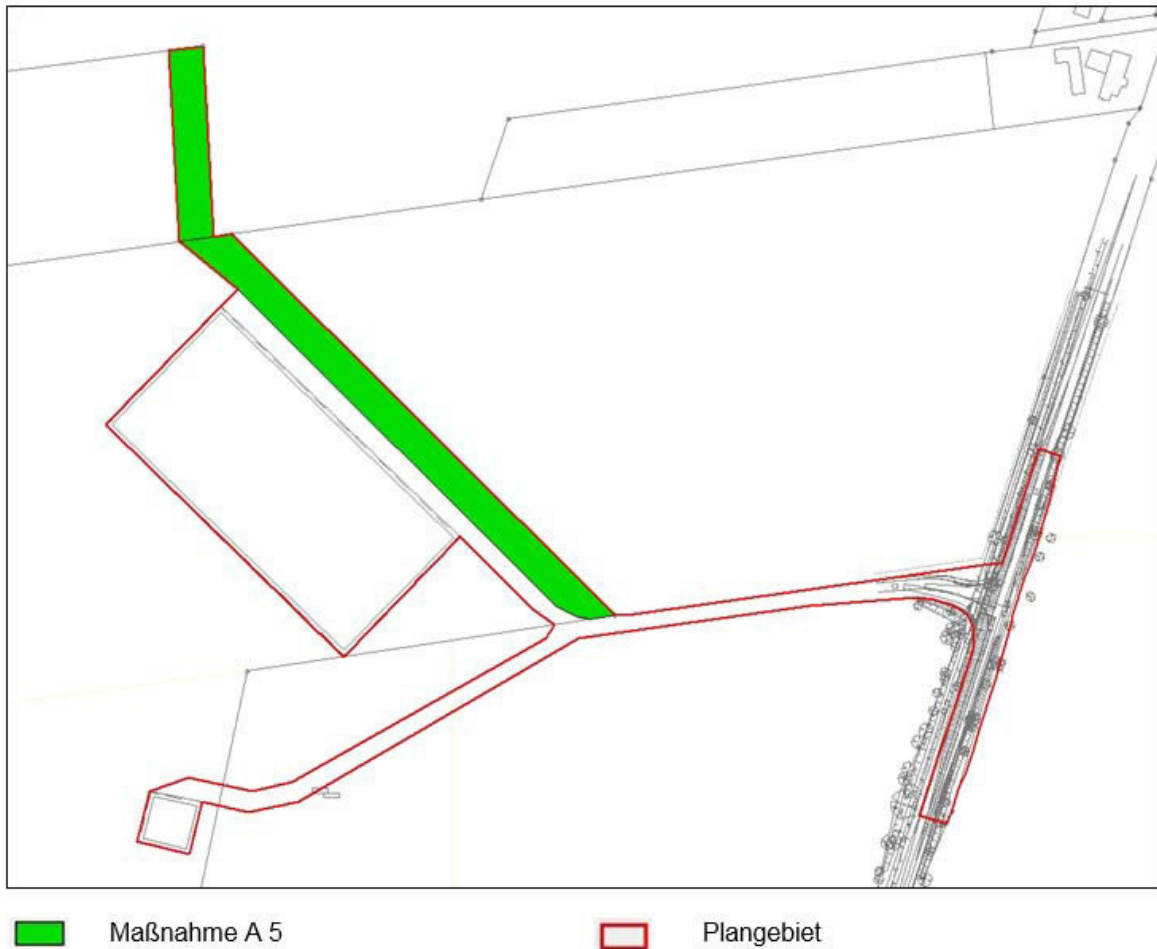
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, © 2018

Lage der Maßnahmen E 3 und A 4, rot umrandet (Gemarkung Groß Hehlen, Flur 2, Flurstück 7/1) außerhalb des Plangebietes (Maßstab 1 : 18.200, eingenordet)



- | | | | |
|---|---|---|------------|
|  | Maßnahme E 3 (Aufforstung) |  | Restfläche |
|  | Maßnahme A 4 (halbruderale Gras- und Staudenflur) | | |

Detaillierte Lage der Maßnahmen E 3 und A 4 (Gemarkung Groß Hehlen, Flur 2, Flurstück 7/1) außerhalb des Plangebietes (Maßstab 1 : 3.200, eingenordet).



*Lage der Maßnahme A 5 (Gemarkung Scheuen, Flur 5, Flurstücke 4/32 und 1/4) innerhalb des Plangebietes
(Maßstab 1 : 3.100, eingenordet).*

11.2.3 Planungsalternativen

Als Planungsalternativen kommt der generelle Verzicht auf die Planung oder die Wahl eines anderen Standortes für das Vorhaben in Betracht. Die Wahl eines anderen Standortes ist insofern keine betriebswirtschaftlich tragfähige planerische Alternative, da neue Flächen erschlossen werden müssten, die einer anderen Nutzung unterliegen und die Vorteile des bestehenden Abbaugeländes mit bereits vorhandenen Lagerflächen nicht genutzt werden könnten.

Angesichts der bereits bestehenden Vorbelastungen, der günstigen Anbindung der Flächen an die Landesstraße 240 und der insgesamt nur mäßigen Umweltbeeinträchtigungen der Planung ist nicht davon auszugehen, dass die Wahl eines anderen Standortes unter dem Gesichtspunkt der Betroffenheit der Umweltschutzgüter nennenswert günstiger einzustufen wäre.

Im Rahmen der Planung der Linksabbiegespur auf der Landesstraße 240 ist eine Straßenverbreiterung nach Osten erforderlich. Damit findet auf 329 m² eine Umwandlung von Wald im Sinne von § 2 NWaldLG statt. Eine alternativ denkbare Fahrbahnverbreiterung nach Westen würde mit etwa 890 m² einen deutlich höheren Verlust an Waldfläche bedeuten. Die Mehrkosten gegenüber der vorgesehenen Ostvariante würden rund 95.000 € (netto) betragen. Aus naturschutzfachlicher Sicht würden bei einer Fahrbahnverbreiterung nach Westen zudem mit den dort vorhandenen Eichenwaldbeständen deutlich höherwertige Bestände verloren gehen, als auf der gegenüberliegenden Straßenseite, wo Nadelforste betroffen sind.

Ein genereller Verzicht auf eine Fahrbahnverbreiterung mit einhergehender Waldumwandlung ist nicht möglich. Von Seiten des Baulastträgers der Landesstraße, hier die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Vertretung durch den Geschäftsbe-
reich Verden, wird der Bau einer Linksabbiegespur gefordert. Der Bau einer Fahrbahnauf-
weitung für die Anlage einer „Linksabbiegehilfe“ mit entsprechend geringerem Eingriff in die
Nebenflächen wird vom Straßenbaulastträger abgelehnt.

11.2.4 Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete und grenzüberschreitende Wirkungen

Neben der Planungsrechtlichen Sicherung der Fortsetzung des Recyclingbetriebes wird eine
Erweiterung des bereits laufenden Bodenabbaus auf die westlich des Betriebsgeländes ge-
legenen Waldflächen mit fünf Abbauabschnitten beantragt.

Eine entscheidungserhebliche Kumulierung der Auswirkungen beider Vorhaben wäre in Hin-
blick auf erhöhte Stöbelastungen denkbar, welche stöempfindliche Tierarten oder menschi-
che Siedlungsgebiete betreffen könnten. Da aufgrund der Vorbelastungen aus dem bereits
bestehenden Abbau- und Recyclingbetrieb stöempfindliche Tierarten im Umfeld nicht vor-
handen sind, entstehen keine zusätzlichen Konflikte. Dies gilt auch für Lärmbelastungen in
Siedlungsgebieten. Der Bodenabbau verlagert sich in westliche Richtung und entfernt sich
somit von der Ortslage Scheuen. Zur Wohnbebauung in Groß Hehlen verbleibt ein Abstand
von etwa 450 m, wobei große Waldflächen dazwischen mögliche Störungen abschirmen.
Auch in Bezug auf Staubemissionen kommt es bis auf die Verlagerung der Emissionsorte zu
keiner relevanten Veränderung der derzeitigen Situation. Siedlungsgebiete liegen diesbezüg-
lich weiterhin in ausreichender Entfernung. Starke Staubentwicklungen während trockener
Wetterphasen werden zudem bei beiden Vorhaben durch geeignete Maßnahmen vermieden.

Weitere entscheidungserhebliche Kumulierungen mit Auswirkungen benachbarter Plange-
biete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicher-
weise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürli-
chen Ressourcen sind nicht erkennbar.

Das Plangebiet wie auch dessen Wirkraum liegen komplett auf dem Territorium der Stadt
Celle (Landkreis Celle, Bundesland Niedersachsen, Bundesrepublik Deutschland). Grenz-
überschreitende Umweltauswirkungen sind somit auszuschließen.

11.2.5 Auswirkungen durch schwere Unfälle oder Katastrophen

Durch die beabsichtigten bauleitplanerischen Festsetzungen werden keine Vorhaben zuläs-
sig, die für schwere Unfälle oder Katastrophen anfällig sind, da ausschließlich ein Recycling-
betrieb vorgesehen ist, welcher keine gefährlichen Stoffe behandelt (maximal Belastungs-
stufe Z.1.1).

11.2.6 Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels

Besondere Anfälligkeiten des Planvorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels sind
nicht erkennbar.

11.3 Beschreibung der Umweltprüfung

Der Umweltzustand im Plangebiet wurde durch Bestandsaufnahmen vor Ort sowie durch die
Auswertung vorhandener Daten und Luftbildauswertungen ermittelt und bewertet. Im Rah-
men der Aufstellung des Bebauungsplanes wurde zudem ein Gutachten für den Umweltbe-
richt erarbeitet, das dieser Begründung als Anlage beigefügt ist.

11.4 Monitoring

Die vorgeschriebenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sind während der baulichen Umsetzung stichprobenartig und danach turnusmäßig im Rahmen der behördlichen Zuständigkeiten zu überprüfen. Die Ausführung der sonstigen festgesetzten oder vertraglich geregelten Kompensationsmaßnahmen (insbesondere Ersatzaufforstungen) sind durch eine Aufwuchskontrolle zu überprüfen.

11.5 Zusammenfassung

Der Umweltbericht legt die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen des Bebauungsplanes Nr. 25 „Baustoffrecycling Scheuen“ sowie der 90. Änderung des Flächennutzungsplanes auf die Umweltschutzgüter dar, welche sich aus dem Bau und dem Betrieb der Recyclinganlagen ergeben.

Um für den zurzeit bestehenden und nach BImSchG genehmigten, zeitlich befristeten Recyclingbetrieb eine Genehmigung für einen dauerhaften und unbefristeten Betrieb zu erlangen, ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Zudem soll mit dem Bebauungsplan der Betrieb einer bereits vorhandenen Halle zur Lagerung von Altholz und Baustellenabfällen planungsrechtlich gesichert werden.

Der Verzicht auf die Umsetzung der Planung würde für die Umweltschutzgüter nur kurzfristig den Status quo fortschreiben. Das Plangebiet würde zu großen Teilen rekultiviert und durch Kompensationsmaßnahmen umgestaltet und ökologisch aufgewertet werden. Außerdem würde die Genehmigung für das Betreiben der Recyclinganlage nicht verlängert werden. Emissionen, die von dieser Anlage ausgehen würden nicht mehr auf die Umwelt einwirken. Für die bestehende Situation an der Landesstraße 240 würde sich längerfristig nichts ändern.

Vorübergehende Lärmbelästigungen im Zuge der Baumaßnahmen sind nicht auszuschließen. Als betriebsbedingte Hauptemissionsquelle sind tagsüber Fahrbewegungen durch den Transportverkehr zu benennen. Weitere Lärmbelastungen kommen zweimal jährlich für jeweils zwei bis drei Wochen während des Betriebes der Brecheranlage hinzu. Laut schalltechnischem Gutachten ist der Regelbetrieb innerhalb des Plangebietes im Rahmen zulässiger Emissionskontingente problemlos möglich. Auch der temporäre Einsatz der Brecheranlage führt bei Einhaltung einer maximalen Betriebszeit von zehn Stunden außerhalb der Ruhezeit nicht zur Überschreitung zulässiger Emissionskontingente.

Die relevante Staubbelastung beschränkt sich relativ kleinräumig auf die unmittelbare Umgebung des Betriebsgeländes. Es kann festgestellt werden, dass der Schutz der menschlichen Gesundheit, der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen sowie der Schutz vor erheblichen Belästigungen oder erheblichen Nachteilen sicher gegeben ist.

Das Vorhaben bewirkt den Verlust von Kompensations- und Rekultivierungsflächen aus den rechtskräftigen Genehmigungsanträgen zum Bodenabbau aus den Jahren 1998 und 2009. Durch den Ausbau der Landesstraße 240 gehen zudem Wald-, Einzelbaum- und Grünlandbestände verloren. Erhebliche Beeinträchtigungen von Brutvogel- und Fledermauslebensräumen sind nicht zu befürchten.

Durch die geplante Überbauung und sonstigen Flächenversiegelungen gehen die natürlichen Bodenfunktionen verloren. Hiervon sind Bodenbereiche von allgemeiner Bedeutung betroffen.

Die Überbauung der Flächen bewirkt in bislang für Kompensations- und Rekultivierungsmaßnahmen vorgesehenen Bereichen sowie in den übrigen betroffenen vegetationsgeprägten Bereichen eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Beeinträchtigungen der Schutzgüter Wasser, Klima und Luft bleiben unterhalb der Schwelle der Erheblichkeit. Kulturgüter sind nicht betroffen. Die öffentlichen Straßenverkehrsflächen als Sachgut stehen nach dem Ausbau der Landesstraße 240 der Allgemeinheit wieder zur Verfügung. Umgewandelt werden jedoch Waldflächen, die auch als Sachgut einzustufen sind. Vorkehrungen zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen reduzieren das Ausmaß der Belastungen für alle Umweltschutzgüter. Neben der planerischen Sicherung verbleibender Grünbestände sind dies vor allem Regelungen zum Boden- und Grundwasserschutz.

Zum Ausgleich erheblicher Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes erfolgt innerhalb des Plangebietes die Festsetzung von Flächen für Maßnahmen zur Entwicklung von Natur und Landschaft (Entwicklung von Gehölzbeständen sowie Ansaat von Landschaftsrasen). Außerhalb des Plangebietes sind weitere Maßnahmen vorgesehen, die Aufforstungsmaßnahmen umfassen und gleichzeitig Ersatzaufforstungen nach § 8 NWaldLG darstellen.

Auf der Ackerfläche für die Kompensationsmaßnahmen E 3 und A 4 (Flurstück 7/1 in der Flur 2, Gemarkung Groß Hehlen) verbleibt eine 5.729 m² große Restfläche, die nicht mehr bewirtschaftet werden kann und die vor dem Hintergrund des Vorkommens der Zauneidechse aus artenschutzrechtlichen Gründen nicht aufgeforstet werden darf. Die Entwicklung von Gehölzbeständen durch die natürliche Sukzession ist aus den gleichen Gründen zu unterbinden. Daher sind die genannten Pflegemaßnahmen aus der Maßnahme A 4 (Grubbern) auch für die Restfläche anzuwenden. Die hier erzielte Überkompensation kann bei Anerkennung als Kompensationspoolfläche durch die untere Naturschutzbehörde der Stadt Celle im Rahmen anderer Vorhaben für die Kompensation von Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes angerechnet werden.

Eine entscheidungserhebliche Kumulierung mit Auswirkungen benachbarter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen ist nicht erkennbar.

Durch die beabsichtigten bauleitplanerischen Festsetzungen werden keine Vorhaben zulässig, die für schwere Unfälle oder Katastrophen anfällig sind.

Besondere Anfälligkeiten des Planvorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels sind nicht erkennbar.

12 Verfahren

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 27.02.2014 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 25 der Stadt Celle beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am _____.____.____ ortsüblich bekannt gemacht.

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB hat mit Bekanntmachung vom 19.09.2015 vom 21.09.2015 bis zum 20.10.2015 stattgefunden. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB fand mit Schreiben vom 18.09.2015 bis zum 20.10.2015 statt.

Der Ortsrat Scheuen ist gemäß § 94 NKomVG in seiner Sitzung am 22.10.2014 bezüglich dieses Bauleitplanverfahrens angehört worden.

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 19.06.2018 dem vom Planverfasser (infraplan GmbH) angefertigten Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 25 vom 09.05.2018 und der zugehörigen Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Der Beschluss über die öffentliche Auslegung sowie deren Ort und Dauer wurden am 07.07.2018 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 25 und die zugehörige Begründung haben in der Zeit vom 17.07.2018 bis zum 30.08.2018 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurde in der Zeit vom 03.07.2018 bis zum 16.08.2018 durchgeführt.

Der Rat der Stadt Celle hat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 25 nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am _____.____.____ als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie die zugehörige Begründung beschlossen.

13 Wesentliche Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch - BauGB
- Baunutzungsverordnung - BauNVO
- Planzeichenverordnung - PlanZV
- Niedersächsische Bauordnung - NBauO
- Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG
- Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG
- Wasserhaushaltsgesetz - WHG
- Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

14 Anlagen

Anlage 1:

Gutachten zum Umweltbericht für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 25 mit Vorhaben- und Erschließungsplan (Baustoffrecycling Scheuen), Stadt Celle, Stadtteil Scheuen und zur 90. Änderung des Flächennutzungsplanes (Sonderbauflächen Bodenabbau Scheuen der Stadt Celle),
alw - Arbeitsgruppe Land & Wasser, September 2018

Anlage 2:

Schalltechnisches Gutachten zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 25 „Baustoffrecycling Scheuen“ in Celle,
AMT Ingenieurgesellschaft mbH, Oktober 2016

Anlage 3:

Gutachtliche Stellungnahme zu den Staubemissionen und – immissionen durch den Betrieb einer Bauschuttrecyclinganlage,
Bart & Bitter Arbeits- und Umweltschutz GmbH, Oktober 2017

Anlage 4:

Grundwassergleichenplan

Anlage 5:

Oberflächenentwässerung des Betriebsgrundstückes in Celle-Scheuen, Erläuterungsbericht zum Entwässerungsantrag
Umweltgutachter Dipl.-Geol. Thomas Bogon, Dezember 2017

Anlage 6:

Bodenabbau- und Immissionsschutzrechtliche Genehmigung und Aufstellung Vorhabenbezogener B-Plan. Gutachterliche Stellungnahme und erarbeitete Unterlagen
Fugro Consult GmbH, Dezember 2013

Aufgestellt:
infraplan GmbH

Celle, den 6. 11. 2019


[Dipl.-Ing. L. Lockhart]

intraplan GmbH
Südwall 32
29221 Celle
Telefon: 05141 / 99 169 30
E-Mail: info@intraplan.de